

*Krise des Kapitalismus:*

# *Wer soll das bezahlen?*

*Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut*

*Juli – August 2003*

*An dieser Broschüre mitgearbeitet haben: Claudia Sorger, Franz Breier, Günter Mörtenböck, Jakob Unterwurzauer, Judith Schreiber, Käthe Knittler, Laura Rafetseder, Margarita Döllner, Peter Regner, Philipp Fleischmann, Sonja Grusch*

*Impressum:*

*Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin: Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien*

*Herstellungs-und Veragsort: Wien*

*Druck: Eigenvervielfältigung*

## *Einleitung*

"Wir müssen sparen" ist eine Behauptung, die uns in den letzten Jahren auf Schritt und Tritt begegnet ist: Bei den Sparpaketen der 90er, dem Bildungsklaus, im Gesundheitsbereich und letztens dem Pensionsraub. Überall bedeutet es einen Angriff auf den Lebensstandard arbeitender und arbeitsloser Menschen.

Gibt es eine Alternative zu dieser Politik, die uns nach und nach die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte stiehlt? Diese Broschüre ist der Beantwortung dieser Frage gewidmet. Sie

- legt die aktuellen Vermögensverhältnisse in Österreich dar,
- zeigt existierende Reformvorschläge auf und bewertet diese,
- geht auf die Ursachen der Krise ein: die prinzipielle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus.

In dieser Broschüre benennen wir auch die handelnden Figuren in dieser Krise. Die UnternehmerInnen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger (wir verwenden in Folge oftmals den umfassenderen Begriff „Kapital“) versuchen, sich auf Kosten der unselbständig Beschäftigten und somit Lohnabhängigen über Wasser zu halten: Arbeitsplätze werden vernichtet, Arbeitszeit flexibilisiert und somit Stress erhöht, Sozialeleistungen gekürzt, Arbeitslose attackiert. So wird die Umverteilung nach oben finanziert. Das Kapital hofft, dadurch seine Profite trotz internationalem Konkurrenzkampf und bevorstehender Krise halten zu können.

Viele ArbeitnehmerInnen stellen sich dem weltweit entgegen. Sie wollen vergangene Errungenschaften nicht für den Profit der Konzerne opfern. Sie haben bereits für die Entstehung der Wirtschaftskrise, die enorme Anhäufung und Konzentration von Kapital und somit Senkung der Massenkauftkraft bezahlt. In dieser Broschüre werden österreichische und internationale Beispiele solcher Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen behandelt.

Die SLP ist wie jede andere politische Kraft nicht neutral in dieser Auseinandersetzung und kann es nicht sein! Sie steht auf der Seite der ArbeiterInnenschaft und der Arbeitslosen. Darum sollen in dieser Broschüre auch Lehren aus den Kämpfen der letzten Monate und Jahre (den gewonnenen und den verlorenen) gezogen werden. In den 1990er wurde die offizielle Propaganda, dass „wir den Gürtel enger schnallen müssen“, von vielen geglaubt. Damals glaubte man, die Maßnahmen dienen tatsächlich der Sicherung des Wohlfahrtsstaates und Arbeitsplätze. Mit dieser Illusion ist es mittlerweile vorbei. Der Sozialraub hat eine Grenze überschritten, die zum Widerstand zwingt. Heute stellt sich unter anderem die Frage, ob der eigentlich vorhandene große gesamtgesellschaftliche Reichtum "nur" umverteilt werden muss, um den Lebensstandard in der ArbeitnehmerInnen aufrechterhalten und weiter verbessern zu können? Wir meinen: Jeder Erfolg der ArbeiterInnenklasse in

Auseinandersetzung bedeutet gleichzeitig eine Einengung des Spielraums des Kapitals. Das ist jedoch kein Grund, darauf zu verzichten! In Krisensituationen, wo diese Unvereinbarkeit offensichtlich wird, muss jede Bewegung darauf vorbereitet sein, diese Auseinandersetzung konsequent zum Ende zu führen. Deshalb halten wir es z.B. für gerechtfertigt, wenn sich ArbeiterInnen eines Konzerns, die Arbeitsplätze verlagern und einen Standort schließen will, an die Maschinen ketten und das Management aussperren. Die ArbeiterInnen-Bewegung sollte erklären, dass nur mittels Enteignung dieses Betriebs und Überführung in gesellschaftlichen Besitz und durch die Kontrolle und Verwaltung der dort Beschäftigten Arbeitsplätze gerettet werden können.

Wenn die Bewegung letztlich vor einer solchen Auseinandersetzung zurückschreckt, werden selbst die zuvor erreichten Erfolge entwertet. Das Kapital steht unter dem Druck, früher oder etwas später jede Errungenschaft anzugreifen und rückgängig zu machen - so wie es heute international geschieht!

Das kapitalistische System schafft offensichtlich enorme Ungleichheit und Konkurrenzkampf. Es hat den inneren Drang, diese Ungleichheit ständig zu verstärken (das Kapital muss danach streben, sich zu vermehren oder es wird sich am Markt nicht dauerhaft behaupten können). Doch genau diese Ungleichheit treibt das System infolge in die Krise. Ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik genügt.

Die Geschichte der sozialistischen und ArbeiterInnen-Bewegung ist die Geschichte entscheidender Auseinandersetzungen innerhalb dieser. Seit den Pionierjahren des 19. Jahrhundert gab es innerhalb der damaligen Sozialdemokratie einen Flügel, der sinngemäß folgenden Standpunkt vertrat: „Ziel muss sein, den Kapitalismus zu überwinden. Die Partei ist Mittel zu diesem Zweck.“ Leider haben sich in den meisten Kämpfen der Folgezeit jedoch jene Teile durchgesetzt, die einzelne Sozialreformen für das Ende der Geschichte gehalten haben und nicht den Kapitalismus selbst als das eigentliche Problem. Wir müssen die Lehren aus der Tatsache ziehen, dass letztere Strömung die SPÖ in den 80er und 90er Jahren zu neoliberaler Politik führte und zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Partei machte.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass "Das System muss weg" noch kein vollständiges und brauchbares sozialistisches Programm ist. Dennoch ist es eine Zielformulierung! Es muss mit einem Programm zur Umverteilung von oben nach unten verbunden werden. Diese Broschüre setzt sich mit existierenden Ansätzen für ein Sozial-Programm auseinander. So ein Programm müsste, neben konkreten Verbesserungen im Detail, aufzeigen, was Technik heute leisten könnte, würde sich die Wirtschaft an menschlichen Bedürfnissen und nicht am Profit orientieren. Die Notwendigkeit einer geplanten sozialistischen Wirtschaft als Alternative zum Chaos des kapitalistischen Marktes wird angesichts des sozialen Verfalls stärker ins Bewusstsein dringen. Damit kann dauerhafte soziale Sicherheit und Fortschritt erreicht werden.

# 1. Rahmenbedingungen

## 1.1 Wer ist arm in Österreich?

Österreich ist das achtreichste Land der Welt - trotzdem ist Armut ein Massenphänomen.

### **Eine Begriffsklärung**

*Die Armutsgrenze wird von EUROSTAT, dem statistischen Amt der EU, folgendermaßen definiert: Wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens eines Landes zur Verfügung hat, gilt als arm (die Berechnung wird auf Haushaltsebene durchgeführt). Konkret lagen in Österreich 1996 die Armutsgrenzen für einen Einpersonenhaushalt bei ca. 550 Euro pro Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern bei ca. 1.500 Euro. Im selben Jahr galten 1,03 Mio. Menschen in Österreich als armutsgefährdet. (BMAGS 1997)*

### **Einige Zahlen und Fakten**

- 2000 lag die durchschnittliche Armutsquote in der EU bei 15%, in Deutschland bei 16%, in Österreich bei 13%.
- Die größte Armut unter den Industrieländern herrscht im neoliberalen Vorreiter-Staat USA (19,1%).
- 1999 waren 880.000 Menschen in Österreich von Armutsgefährdung betroffen. (BMSG)
- Etwa 310.000 Menschen (4%) in Österreich sind von Armut, davon 100.000 Personen dauerhaft von den Bedingungen von Armut und Ausgrenzung betroffen.
- Jede sechste arme Person war mindestens vier Jahre betroffen.
- 33% aller armen Menschen in Österreich sind Kinder.
- Die durchschnittliche Alterspension von Frauen ohne Zulagen und Zuschüsse lag 2001 bei 669,- Euro pro Monat (laut „Sozialministerium“ - BMSG)
- 2001 lagen 75% aller Pensionsleistungen unter 1.000,- Euro/Monat (BMSG)

## ***Hintergründe von Armut***

Armut ist keineswegs das Ergebnis von Ausnahmesituationen. Nur 5% der KlientInnen von Sozialberatungsstellen kommen als Ergebnis von Katastrophen (Todesfall, abgebranntes Haus, unheilbare Krankheit, ...). Die Mehrheit kann von ihrer Arbeit nicht leben, zahlt zuviel Miete (im Schnitt beträgt eine Miete in Wien 400 Euro; ca. 7,20 Euro/m<sup>2</sup>) und erhält Sozialleistungen die zu niedrig sind, um sie vor Armut zu schützen (Küberl 2000). Am stärksten vom Armutsrisiko betroffen sind Personen in prekären Arbeitsverhältnissen („working poor“), Langzeitarbeitslose, MigrantInnenhaushalte, AlleinerzieherInnen und erwerbslose geschiedene Frauen.

## ***Arm trotz Arbeit***

Dass Erwerbsarbeit nicht vor Armut schützt belegt die Tatsache, dass 57.000 Personen unter die Armutsgrenze fallen, obwohl sie Arbeit haben. Werden die Angehörigen mitgerechnet, dann leben in Österreich 178.000 Menschen unter der Armutsgrenze. 48% der als arm eingestuften Haushalte haben einen unselbständig erwerbstätigen Haushaltsvorstand. (Sozialbericht)

Frauen haben – vorausgesetzt sie haben eine Erwerbsarbeit – jene Jobs mit niedrigerer Bezahlung und kürzerer Verweildauer. Um überhaupt arbeiten gehen zu können, müssen sie oft einen großen Teil ihres Einkommens für Kinderbetreuung ausgeben.

Insbesondere Teilzeitbeschäftigung ist für ArbeitnehmerInnen mit zahlreichen negativen Folgen verbunden, da diese Beschäftigungsverhältnisse oft mit geringem Erwerbseinkommen und daher unzureichender sozialer Absicherung, unzureichenden Weiterbildungs- und Aufstiegschancen und weniger qualifizierten Tätigkeiten einhergehen. Der überwiegende Anteil der Teilzeitbeschäftigten muss mit Nettoerwerbseinkommen von maximal rund 730 Euro monatlich auskommen. Bei den Frauen verdienen mehr als die Hälfte zwischen 360 und 727 Euro netto monatlich. (Quelle: ECHP 1997)

Die Einkommen aus Teilzeitbeschäftigungen führen zu Sozialleistungen (Kranken-, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pension), die nicht existenzsichernd sind und fördern daher die Abhängigkeit vom Partner.

Gerade diese Beschäftigungsverhältnisse gewinnen jedoch in Österreich und international immer mehr an Bedeutung. In den letzten 20 Jahren ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Österreich kontinuierlich angestiegen und betrifft mittlerweile mehr als eine halbe Million Beschäftigte. Die Teilzeitquote der Frauen ist von 14,6% auf knapp 30% gestiegen, bei Männern von 0,9% auf 3%. (Quelle: Statistik Austria 2001). Etwa 85% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen - und das nicht immer freiwillig. In den

meisten Fällen bietet sich eine Teilzeitbeschäftigung als einzige unmittelbare Lösung an, um nach der Geburt eines Kindes überhaupt wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren zu können. Auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse haben in den letzten Jahren stark zugenommen (seit 1989 hat sich die Anzahl vervierfacht). Dieser Trend zeigt, dass eine Flexibilität auf Kosten der ArbeitnehmerInnen von den Unternehmen immer mehr ausgenutzt wird.

### ***Arbeitslosigkeit macht arm***

2001 betrug das mittlere Arbeitslosengeld 653 Euro/Monat und die mittlere Notstandshilfe 532 Euro/Monat (niedriger als der Ausgleichszulagenrichtsatz). 2001 mussten mindestens 60% der arbeitslosen Frauen mit einem Arbeitslosengeld unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz auskommen.

Obwohl es in Österreich sozialstaatliche Zahlungen gibt, dienen diese im wesentlichen zur Einkommenssicherung und nicht zum Einkommensausgleich. Das heißt es ändert sich nichts an der Einkommensverteilung, sondern es wird nur der Status quo beibehalten. Die Befunde des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die Verteilungswirkung des Sozialstaates aus dem Jahre 1996 weisen sogar in eine andere Richtung: Das untere Einkommensdrittel der österreichischen Bevölkerung erhält, pro Kopf und Monat, Transferleistungen in Höhe von rund 185 Euro, das mittlere Drittel ca. 220 Euro, das obere Drittel ca. 209 Euro. Diese Schieflage kommt zustande, weil sich Menschen mit niedrigeren Einkommen Leistungen, für die sie Transferzahlungen bekommen würden, gar nicht leisten können (Bildung, Wohnbauförderung). Jene Transferzahlungen, die am stärksten den Ärmern zugute kommt – Arbeitslosengeld und Notstandshilfe – geraten immer stärker unter Druck.

### ***Die Konsequenzen***

Arm ist nicht nur, wer in Kartons leben oder auf Parkbänken schlafen muss. Arm ist wer einen besonders unterdurchschnittlichen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum abbekommt, bzw. einen nicht dem allgemeinen Fortschritt entsprechenden Lebensstandard hat. Armut macht:

- krank: Arme sind statistisch gesehen doppelt so oft krank. Der Unterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen Personen mit Pflichtschulabschluss und Personen mit Hochschulabschluss beträgt rund 5 Jahre.
- Stress: sogenannte „Managerkrankheiten“ wie Bluthochdruck treten bei Armen drei mal häufiger auf.
- einsam: Arme haben weniger freundschaftliche und nachbarschaftliche Kontakte (die Statistik spricht von „Armut und sozialer Ausgrenzung“). Die

Hälfte der armen Haushalte kann es sich nicht leisten, einmal im Monat Bekannte oder Freunde einzuladen.

- kalt: 32% aller Armen leben in Haushalten mit undichtem Dach, Fäulnis und/oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine ausreichenden Heizmöglichkeiten.
- unmobil und uninformiert: Zwei Drittel der armen Haushalte in Österreich haben kein Auto, 16% haben keinen Fernseher. Zwei Drittel können sich keinen Urlaub leisten.
- abhängig: Oft wird die Zahlung der Notstandshilfe mit Verweis auf das Einkommen des Partner abgelehnt (85% der Betroffenen sind Frauen!). Die Folge ist eine verstärkte Abhängigkeit vom Partner.

## 1.2 Wer ist reich in Österreich?

„Über Geld spricht man nicht, Geld hat man“. Tatsächlich ist es viel schwieriger herauszufinden, wer reich als wer arm ist. Wohlweislich wird über den Reichtum einer kleinen Schicht der Mantel des Schweigens gedeckt. Da eine exakte Erfassung nicht im Interesse der Herrschenden liegt, sind wir auf fundierte Schätzungen und Vermutungen angewiesen.

Nach einer Untersuchung der Arbeiterkammer (AK) von 1993 (aktuelleres Material gibt es leider nicht) ergibt sich folgender Vermögensbestand der privaten Haushalte:

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen	38 Mrd. €
Grundvermögen	212 Mrd. €
Betriebsvermögen	57 Mrd. €
Finanzvermögen	144 Mrd. €
Sonstige Vermögen	8.5 Mrd. €
Aushaftende Darlehen	-53 Mrd. €

Insgesamt verfügten die österreichischen Privathaushalte im Jahr 1993 über ein geschätztes Vermögen von rund 405 Mrd. Euro (hier wurden die Schulden bereits abgezogen). Gleich aufgeteilt ergäbe sich für jeden Haushalt ein Vermögen von rund 130.000 Euro (nach Abzug der Schulden, inkl. Eigentumswohnung und PKW). Das zeigt, dass für alle ein angemessener Lebensstandard finanzierbar wäre.

Über die Verteilung dieses Vermögens gibt es für Österreich keine Berechnungen. Es kann aber eine vergleichbare Situation zu Deutschland angenommen werden. Demnach hätte das reichste Fünftel rund 50 % des



Vermögens und das ärmste Fünftel weniger als 2%. Vermögen ist somit noch ungleicher verteilt als Einkommen. Eine geschlechtsspezifische Aufschlüsselung des Vermögens ist für Österreich schon gar nicht vorhanden. Weltweit besitzen Frauen 1% des Vermögens.

## ***Geldvermögen***

Laut dem „World Wealth Report 2003“ gibt es in Österreich rund 60.000 Euro-MillionärInnen, wobei die ImmobilienbesitzerInnen nicht berücksichtigt sind, sondern nur Finanzvermögen. Die großen Banken geben bekannt, dass 350 ÖsterreicherInnen über jeweils mehr als 10,9 Mio. Euro Geldvermögen besitzen und 7.000 ÖsterreicherInnen über jeweils 3,63 bis 10,9 Mio. Euro.

## ***Reich durch Zinsen?***

Auch die Möglichkeit, „das Geld für sich arbeiten zu lassen“, können nur die oberen Einkommensschichten nutzen. Von den 2, 3, 4, oder gar 6,25% Zinsen können wir uns im besten Fall was Nettes kaufen. Aber reich machen sie uns nicht. Das untere Einkommensdrittel bezieht lediglich 6,5% des Zinseinkommens, das Mittlere 25% und das reichste Drittel 60%. Somit ist auch Zinseinkommen ungleicher verteilt als Lohneinkommen. Auch hier verteilt das Steuersystem zugunsten der Reichen um. Zinseinkommen wird mit einem einheitlichen Steuersatz (25% Kapitalertragssteuer - KeST) belastet, der höhere Einkommen im Vergleich zum progressiv mit dem Einkommen ansteigenden Einkommensteuersatz steuerlich begünstigt. Auf die Fragen der Steuerpolitik werden wir noch genauer zurückkommen.

## ***Reichtum fällt nicht vom Himmel***

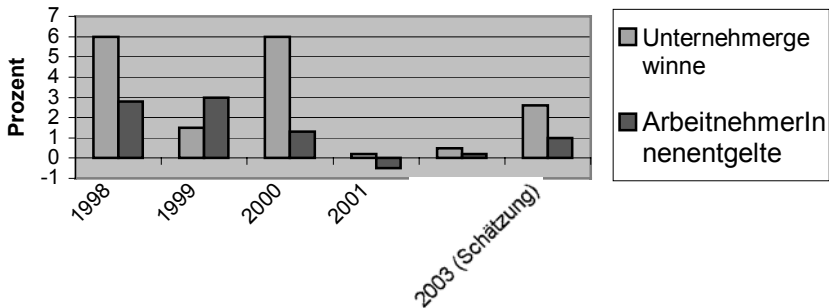
Vermögen kann unter anderem vererbt, verschenkt, durch geschickte Finanztransaktionen erspekuliert, durch Betrug und Raub angeeignet oder als Gewinn aus Unternehmenstätigkeit erwirtschaftet werden. Das erklärt aber immer noch nicht wie es entsteht. Ein Beispiel: Ex-Billa-Chef Karl Wlaschek besitzt ein (Stiftungs-)Vermögen von geschätzten 1,45 Mrd. Euro und zählt damit zu den reichsten Menschen Österreichs. Hätte er für diesen Betrag (mit einem durchschnittlichen Männer-Brutto-Jahreseinkommen von 25.592 €) arbeiten müssen, dann hätte er mittlerweile ein stolzes Alter von 55.770 Jahren erreicht. Wäre Wlaschek darüber hinaus noch eine Frau, hätte er gleich 96.666 Jahre zum Erreichen der gleichen Summe arbeiten müssen. Denn Frauen verdienen im Schnitt rund 40% weniger als ihre männlichen Kollegen. Offensichtlich kann er es nicht allein gewesen sein, der sein Vermögen erwirtschaftet hat. Karl Wlascheck und andere sind nicht so reich weil sie so fleißig oder so genial waren, sondern weil Menschen, die zum Beispiel bei Billa

gearbeitet haben, nicht ihre volle Arbeitsleistung bezahlt bekommen haben. Für KapitalistInnen ist es nur dann interessant, jemanden anzustellen, wenn die Arbeitskraft der Angestellten Profit abwirft. Dieser Profit entsteht dadurch, dass der/die KapitalistIn (in dem Fall Karl Wlascheck) einen Teil der Arbeit nicht entsprechend bezahlt, sondern den Teil (also den Profit) zurück hält. Daran wird sich auch mit einer noch so gerechten Umverteilungspolitik nichts ändern. Aber selbst von der kann in Österreich nicht die Rede sein.

Österreichs Superreiche (Quelle: "trend" vom 4.7.2001):

1. F. Karl Flick 5,38 Mrd. Euro
2. Piech- & Porsche-Clan 5,09 Mrd. Euro
3. Heidi Horten-Charmat 2,33 Mrd. Euro
4. Karl Wlaschek 1,45 Mrd. Euro
5. Franz Mayr-Melnhof 1,45 Mrd. Euro
6. Melinda Esterházy 1,09 Mrd. Euro
7. Dr. Manfred Herzl 1,09 Mrd. Euro
8. Gernot Langes-Swarovski 1,01 Mrd. Euro
9. Emil A. Kahane 872,07 Mio. Euro
10. Frank Stronach 872,07 Mio. Euro

Entwicklung Unternehmergewinne und ArbeitnehmerInnenentgelte

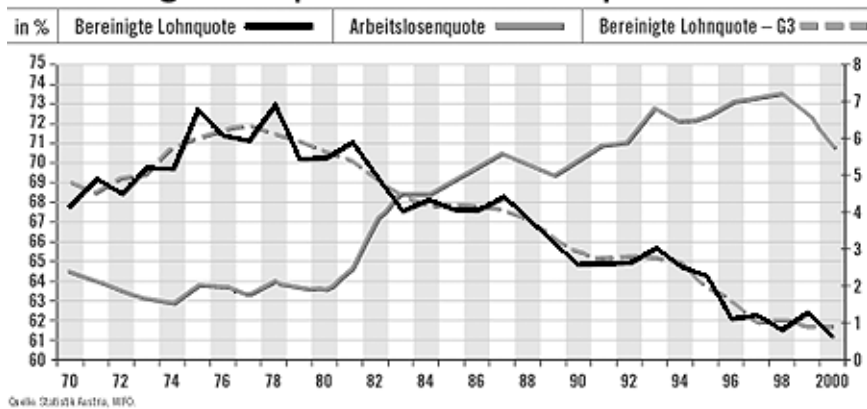


Quelle: SPÖ Wien

Das Volkseinkommen – also das von allen im Laufe eines Jahres in Österreich erwirtschaftete Einkommen - ist ungleich verteilt. Und diese Ungleichheit nimmt zu. Die Löhne der ArbeiterInnen und Angestellten haben einen sinkenden Anteil am Volkseinkommen. Dieser Anteil nennt sich Lohnquote. Am aussage-

kräftigsten ist die bereinigte Nettolohnquote, da sie Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur ebenso wie Steuern und Abgaben berücksichtigt. Die Statistik zeigt, dass im Jahr 2000 die Löhne und Gehälter nur mehr ca. 61% des Volkseinkommens ausmachten, obwohl rund 90% der ÖsterreicherInnen ihr Leben von Löhnen und lohnabhängigen Leistungen bestreiten. Der zweite wesentliche Posten im Volkseinkommen sind die unternehmerischen Gewinne, deren Anteil entsprechend gestiegen ist.

### Bereinigte Lohnquote u. Arbeitslosenquote in Österreich



### 1.3 Ursache: Krisenhaftigkeit des Kapitalismus

In Österreich existiert großer Reichtum. Trotzdem ist der Staat verschuldet, die Wirtschaftsforschungsinstitute sprechen von „Flaute“ und die Armut wächst. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte fasst nicht nur „profil“ so zusammen: „Die Reichen werden immer Reicher, die Armen immer Ärmer“ (25/2003).

Die Ursache für Armut, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise liegt im kapitalistischen System selbst. Wie auch schon in vorhergegangenen Gesellschaftssystemen bereichert sich eine kleine Schicht auf Kosten der Mehrheit. Seit gesamtgesellschaftlich mehr produziert als unmittelbar verbraucht wird, hat sich eine Schicht bzw. Klasse in der Gesellschaft über die andere(n) erhoben und auf deren Kosten gelebt. Im Kapitalismus stehen sich die Kapitalisten auf der einen und die ArbeiterInnenklasse (in früheren Zeiten auch ‚Proletariat‘ genannt) auf der anderen Seite gegenüber. Die Existenz der ArbeiterInnenklasse als Klasse wurde in jüngerer Zeit v.a. in den entwickelten Industriestaaten oftmals in Frage gestellt. Doch niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte war der Anteil jener Menschen an der Bevölkerung, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, so groß wie heute. Ob wir als VerkäuferIn, IndustriearbeiterIn, Bankangestellte/r, LehrerIn oder LandarbeiterIn

arbeiten oder ob wir arbeitslos sind - es ändert nichts daran, dass wir in diesem System nur überleben können, wenn wir unsere Arbeitskraft verkaufen oder von jemandem abhängen, der seine/ihre Arbeitskraft verkauft. Obwohl die Mehrheit der Menschen darauf angewiesen ist, einen Arbeitsplatz zu haben, verweigert der Kapitalismus weltweit rund einem Drittel der Bevölkerung einen solchen. Und selbst wer einen Job hat, muss oft ums Überleben kämpfen.

## ***Strukturelle Krise des Kapitalismus***

Seit Mitte der 1970er befindet sich der Kapitalismus in einer Phase von Stagnation und Depression. Seit dem Ende des Nachkriegsbooms wechseln sich tiefere Abschwünge mit generell schwächeren Aufschwüngen ab. Das geht soweit, dass der „Boom“ in den USA Ende der 1990er nicht einmal mehr zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit führte. Der stetige Fall der Preise der meisten Güter und Dienstleistungen und damit die schrumpfenden Absätze und Profite sind ein strukturelles, langfristiges Problem (deflationäre<sup>1</sup> Tendenzen).

Der Kapitalismus enthält Widersprüche, die nur kurzfristig und mittels besonderer Mittel (Sozialabbau, Sanktionen, Kriege) aufzuschieben sind. Dazu gehört der Gegensatz der gesellschaftlichen Produktion - die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sind unselbständig Beschäftigte, die innerhalb der Produktion, Verteilung, staatlicher Verwaltung und des Dienstleistungssektors mehr oder minder zusammenarbeiten - und privater Aneignung des durch diese Arbeit geschaffenen (Mehr-)Werts. Nur ein Teil dieses geschaffenen Wertes wird in Form von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen ausgezahlt. Der Rest wandert in die Taschen privater Kapitaleigner und staatlicher Korruption.

Diese private Aneignung von Mehrwert, der nur zum Teil wieder investiert wird, führt zu einer ungleichen Verteilung von Reichtum auf der Welt. Diese Ungerechtigkeit herrscht nicht einfach zwischen „Nord“ und „Süd“. Nicht wir sind schuld an der Ausbeutung der Menschen in der „3. Welt“, wenn wir billigen Reis, Kaffee oder Bananen kaufen. Die Ungerechtigkeit herrscht zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen: zwischen jenen, die Produktionsmittel besitzen und solchen, die keine besitzen und nur ihre Arbeitskraft anbieten können.

---

<sup>1</sup> *Anmerkungen zur Deflation: Verfall der Marktpreise; Unternehmen können produzierte Güter nicht mehr absetzen und dadurch weniger Profite realisieren. Die Vorteile der in einer Deflation sinkenden Preise für ArbeitnehmerInnen werden durch Lohnkürzungen, Sozialraub und Jobabbau völlig aufgeessen. Deflation lässt ausstehende Schulden anwachsen, da die realen Zinsen erhöht werden. Dies gilt für private Haushalte wie für den Staat als ganzes.*

Ein weiteres Konfliktpotential eröffnet sich durch den Widerspruch aus internationaler Produktion und Arbeitsteilung bei gleichzeitig mangelnder Planung ebendieser und dem Vorhandensein nationaler Interessen.

KapitalistInnen sind sich international nur dann einig, wenn es gegen die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen geht. Ansonst herrscht bitterer Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten, Wirtschaftsblöcken oder im kleineren Rahmen zwischen Unternehmen ein und derselben Branche.

Das wesentliche Merkmal der Krise gegenwärtig sind Überproduktion bzw. das Überangebot von Kapital und Produktionskapazitäten. Es handelt sich um keine Krise, die durch Mangel hervorgerufen wird, sondern durch Überschuss. Da der Kapitalismus auf privatem Besitz von Kapital aufbaut, wird dieser Überschuss nicht im Interesse der Gesellschaft verteilt. Es wird nicht umfassend geplant, wie Investitionen eingesetzt und die Verteilung der übrig bleibenden Arbeit auf alle gestaltet wird.

Die Technisierung vieler Arbeitsabläufe könnte zur Senkung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden bzw. steigenden Einkommen führen; doch nicht so im Kapitalismus. Das würde die Profite beschneiden und aufgrund des Konkurrenzkampfs am „freien Markt“ den Zusammenbruch bedeuten. Doch das ist nur aus Sicht der Unternehmer und Manager ein Argument für Lohnraub und Arbeitsplatzabbau. Aus Sicht der ArbeitnehmerInnen ist grundlegender Widerstand gegen dieses unsinnige Wirtschaftssystem nötig.

Die Wirtschaftskrise führt zur politischen Instabilität bis hin zu militärischen Krisen. Wo weniger vorhanden ist, wo Absatzmärkte schrumpfen, werden erbitterte Kämpfe (mal mit wirtschaftlichen Blockademaßnahmen, bald mit Waffengewalt) geführt. Zwei Weltkriege mussten vorangegangene Generationen wegen der Unfähigkeit des Kapitalismus erleben. Die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ist eine Bedrohung für die gesamte Menschheit.

Dass es im Kapitalismus zu Krisen kommt, liegt nicht an der individuellen Unfähigkeit eines/r Unternehmers/in oder eines Staates. Es ist fixer Bestandteil des Systems. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion (die Massen der ArbeiterInnenklasse produzieren) und der privaten Aneignung (nur eine Handvoll Kapitalisten streicht die Profite ein) ist die Grundlage für Ausbeutung und für die Krisen im Kapitalismus. Darüber hinaus sind diese immer wiederkehrenden Krisen das Ergebnis von Überproduktion. Nicht aus Mangel, sondern aus Überfluss entstehen im Kapitalismus Krisen. Mangel gibt es bezüglich dessen, was sich Menschen leisten können.

## ***Lage der Weltwirtschaft***

Die Lage der Weltwirtschaft ist alles andere als rosig. Japan befindet sich seit 10 Jahren in einer Rezession, und steht am Rande eines deflationären Einbruchs, das

heißt einer Preisspirale nach unten, und damit drastischen Konsumeinbrüchen und einer tiefen Krise. In den USA ist die Arbeitslosigkeit auf inzwischen 9,4 Millionen Menschen gewachsen und hat damit den höchsten Stand seit April 1994 erreicht. Die USA braucht derzeit 1,5 Milliarden Dollar um ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. Die schwache Weltwirtschaft hat zu einer Konzentration des Kapitals im Finanzsektor geführt und zu einem Rückzug von Kapital aus dem unprofitablen produktiven Bereich. Die Krise in den USA mit nur 1,6 % BIP Wachstum im ersten Quartal hat scharfe Auswirkungen auf die Situation in Europa und anderen Teilen der Welt. Deutschland, wirtschaftliches Zugpferd der EU befindet sich in der Rezession. Die EU fürchtet angesichts des niedrigen Dollars/hohen Euros um ihre Exporte, die Wirtschaft in den zwölf Ländern der Eurozone stagniert. Die Wirtschaftsprognosen für 2003 von 1% mussten auf 0,7% nach unten revidiert werden, für das dritte Quartal geht die EU-Kommission von einem Wachstum von nur 0,2 bis 0,4% aus. In Österreich ist das BIP im ersten Quartal 2003 um nur 0,2 % gewachsen - mit wenig Aussicht auf Erholung.

*„Für die Gewerkschaften sind wir ein Horrorkabinett. Aber in diesen schwierigen Zeiten kommen wir um die notwendigen Anpassungen und Reformen nicht herum. Denn Holland ist ins Hintertreffen geraten. Die Lohnkosten sind zu hoch, die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft hat sich in den zurückliegenden Jahren verschlechtert. Das muss sich wieder ändern.“*

***der niederländische Finanzminister Gerrit Zalm zur 0,4%  
Wachstumsprognose 2003***

Die aktuelle Krise ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Weltwirtschaft befindet sich seit den 70er Jahren in einer Depression, das bedeutet, dass sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt und die Wirtschaftsaufschwünge die Verluste der Abschwünge nicht mehr ausgleichen können. Die derzeitigen deflationären Tendenzen sind Folge einer Situation massiver weltweiter Überkapazität, steigender Konkurrenz und sinkender Nachfrage, einer Situation die die Preise nach unten drückt. Die gestiegene Konkurrenz untereinander und die engeren Märkte zwingen die Unternehmer, die Krise auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen indem sie Kosten – das heißt Löhne, Steuern, Sozialabgaben – und damit den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen senken. So versuchen sie konkurrenzfähig zu bleiben und ihre fallenden Profite zu retten. Privatisierungen wiederum sind ein Versuch neue profitable Märkte zu öffnen, weil die alten Märkten zu eng werden. Die Interessen der Beschäftigten bzw. der Bevölkerung sind dabei egal. Mit Maßnahmen zur Liberalisierung und „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts wird versucht, Arbeitsschutzgesetze aufzuweichen und Arbeitslose unter Druck zu setzen um die ArbeiterInnenklasse besser ausbeuten zu können. Anders als in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs können die

Regierungen in Krisenzeiten aber gar nicht mehr anders als eisern an ihrem neoliberalen Kurs festzuhalten. Das trifft für sozialdemokratische Regierungen genauso zu wie auf Mitte-Rechts-Regierungen. Die Institutionen des Kapitals, GATS, IWF, Weltbank und Wirtschaftsbindnisse wie die EU stützen diesen Prozess der Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung. Der Stabilitätspakt der Eurozone zwingt die einzelnen Mitgliedsländer einen strengen Sparkurs auf, gleichzeitig verschärfen sich angesichts der Krise aber Spannungen und Interessenskonflikte der einzelnen Staaten untereinander, ähnlich wie auf weltweiter Ebene zwischen den einzelnen Wirtschaftsblöcken.

## ***1.4 Privatisierung und Sozialabbau***

Privatisierung und Sozialabbau sind keine Naturgesetze. Hinter diesen Maßnahmen stehen politische und wirtschaftliche Interessen. Um sie als „Naturgesetze“ darzustellen, bedient man sich Vertragswerken wie des GATS, dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen, dessen Ziel die vollständige Privatisierung aller Dienstleistungen (inkl. Verkehr, Gesundheit, Bildung etc.) ist. Privatisiert werden Betriebe die profitabel sind bzw. sie müssen mittels staatlicher Finanzspritzen attraktiv gemacht werden. Von diesen erhoffen sich die Kapitalisten neue Profite, neue Möglichkeiten, ihre (Unternehmens-)krise zu überwinden. Die defizitären Betriebe bleiben in öffentlichem Eigentum: „Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste“. Weil es bei Ausgliederungen (die Vorbereitungen für Privatisierung sind) und Privatisierungen um Profite geht, werden menschliche Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Bildung, Wohnen und Sicherheit in den Hintergrund gedrängt. Bei einer privatwirtschaftlich agierenden Post wird nicht mehr in entlegene Orte zugestellt, bei einer Bahn defizitäre Nebenstrecken eingestellt. In einem privatisierten Versicherungs- und Gesundheitswesen können chronisch Kranke keine Versicherungen mehr abschließen und in einem privatisierten Bildungssystem bleiben sozial Schwache auf der Strecke.

In Österreich, wo die Staatsquote rund ein Drittel betrug, begann die Zerschlagung und Verschleuderung österreichischer Betriebe Mitte/Ende der 1980er Jahre unter einer SPÖ-geführten Regierung. Von 1986-93 wurden Privatisierungen im Wert von 2 Mrd. und von 1993-2000 im Wert von 5.5 Mrd. durchgeführt; betroffen waren über 80 Betriebe: unter anderem Voest, Chemie Linz, Schiffswerft, AMAG (um den symbolischen Preis von 1 Schilling), Steyr-Daimler-Puch AG, Lenzing AG, Steyermühl, Bank Austria, z.T. BAWAG. Postsparkasse, ÖBB und Post wurden aus dem Bundesbudget ausgegliedert und damit die Privatisierung eingeleitet. (Quelle: GLB)

Im Regierungsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ 2003 wird die "Redimensionierung des Öffentlichen Sektors auf OECD-Durchschnitt" angestrebt. Geplant ist neben der "weitere(n) vollständige(n) Privatisierung

(100%) von Böhler Uddeholm AG, VA Technologie AG, Voest Alpine AG, Österreichische Postbus AG (...), Österreichische Bauholding AG und der Telekom Austria" auch für die Österreichische Post AG einen "strategischen Partner" zu suchen und „damit ein(en) erste(n) Privatisierungsschritt" vorzunehmen. Darüber hinaus ist auch die "Aufhebung der mehrheitlichen Beteiligung der öffentlichen Hand bei Stromversorgern" ein Ziel. Die ÖBB soll vorerst zwar nicht privatisiert werden, dafür ist eine "Neuordnung der ÖBB" geplant um eine "Reduktion des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand durch Effizienzsteigerung" zu erreichen.

Bei der Privatisierung geht es nicht um Effizienzsteigerung, wie gerne behauptet wird, sondern darum, dem Kapital neue, profitable Investitionsfelder zu eröffnen. Wo es zu Effizienzsteigerungen kommt, wie z.B. bei der Voest, ist dies mit hohen sozialen Kosten – Arbeitsplatzabbau, erhöhter Arbeitsstress, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – verbunden.

- Die britischen Wasserversorger haben nach der Privatisierung die Tarife um 50% erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den Wasserhahn abgedreht, weil sie die steigenden Rechnungen nicht bezahlen konnten. Die Wasserqualität hat sich verschlechtert, die Hepatitis A-Fälle haben sich um 200% erhöht, die von Dysenterie um 600%. Die privaten Versorger sind bereits über 100 Mal wegen Vernachlässigung der Wasserqualität rechtskräftig verurteilt worden.
- In Kalifornien ist der Strommarkt nach der Liberalisierung mehrfach zusammengebrochen.
- Auch in Schweden waren im Winter 2001 zehntausende Haushalte tagelang ohne Strom, weil die Reparaturtrupps für von Stürmen geknickte Leitungen eingespart wurden. Die Preise sanken nur vorübergehend. Seit der Markt bereinigt ist und drei Konzerne 90% der schwedischen Stromproduktion kontrollieren hat sich der Trend gewendet. Allein im Winter 2001 stiegen die Strompreise um 40%.
- In Großbritannien wurde der privatisierte Stromversorger British Energy mit einer öffentlichen Finanzspritze in der Höhe von 1,36 Mrd. Euro vor dem Konkurs gerettet.
- Auf Großbritanniens privatisierten Eisenbahnen häufen sich Unfälle, weil nicht in die Infrastruktur investiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Heute kommen in England 80% aller Züge zu spät. Und wer zur falschen Tageszeit von Birmingham nach London fährt, muss für die selbe Leistung statt 15 Pfund stolze 76 Pfund bezahlen. Railtrack, die in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Infrastrukturgesellschaft, wurde rückverstaatlicht.
- Im Großraum London wurde der Busverkehr 1986 vollständig dereguliert (Abschaffung aller staatlichen Eingriffe wie zB Gesetze). Bis 1992 ist die Zahl



der Fahrgäste um 22% zurückgegangen, die realen Fahrpreise bis 1996 um 25% gestiegen.

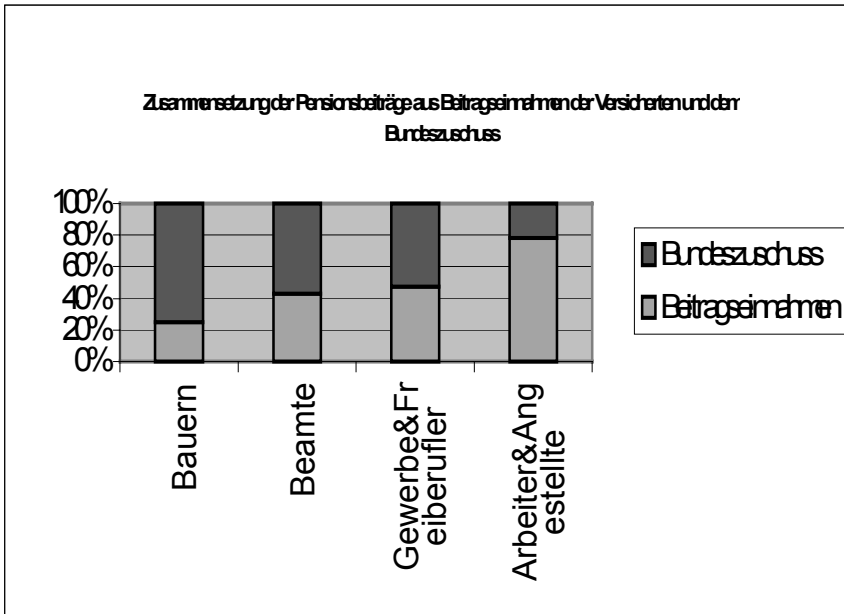
- Durch die freie Schulwahl und den hohen Anteil privater Schulen ist in Großbritannien eine soziale und ethische Polarisierung zu beobachten. In sozial schwachen Vierteln dominieren Restschulen mit einem hohen Anteil von MigrantInnen, Armen und schwierigen Kindern, während Reiche in den Villenvierteln unter sich bleiben. Durch die mangelhafte staatliche Finanzierung müssen sich die Schulen zunehmend nach privaten Sponsoren umsehen. So finden sich in Schulbüchern Inserate der „Qualitätszeitung“ The Sun, Schulsportvereine werden vom „Vorbildkonzern“ Nike ausgestattet und große Banken investieren in CD-Roms und Computerspiele für wirtschaftliche Fächer.
- In den USA übernahm die Firma Edison 133 öffentliche Schulen mit dem Versprechen, diese effizienter zu managen, die Kosten zu senken und die Leistungen zu verbessern. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Kosten stiegen an, während die Leistungen der SchülerInnen abnahmen. Eine von Edison gemanagte Volksschule in San Francisco rutschte auf den letzten Platz (75) „in town“ ab. LehrerInnen und Personal wurden gekündigt, um Kosten zu sparen. Bilanzmanipulationen und Schuldenberge ließen den Börsenkurs von Edison Schools Inc. von 38 auf 1 Dollar abstürzen. Mitte 2002 kämpfte das ehemalige Wunderkind der profitorientierten Bildung mit dem Konkurs. (Quelle: Stopp Gats Kampagne)

### ***Beispiel Sozialversicherung***

Das Volumen der Sozialversicherungen macht ca. 35 Mrd. Euro aus. Das ist das zweitgrößte Budget Österreichs. Derzeit kann damit niemand Gewinne machen. Gerade auf das aber sind die Privaten, die Versicherungen und Banken aus. Deswegen soll das Sozialsystem zerschlagen werden.

Veränderungen im Pensionssystem hängen eng mit solchen bei der Arbeitslosenversicherung zusammen. Denn 1997 waren 44% der ehemals unselbständig Erwerbstätigen beim Pensionsantritt nicht mehr erwerbstätig, bei den Frühpensionen insgesamt 54%. D.h. das rund die Hälfte aller PensionistInnen direkt aus der Arbeitslosen/Notstand in die Pension wechselt oder zu krank zum Arbeiten waren. 60% aller FrühpensionistInnen traten diese 1997 wegen geminderter Arbeitsfähigkeit an. (BMAGS)

Mit der Abschaffung der Frühpension, werden nicht mehr Ältere arbeiten, sondern länger arbeitslos bleiben. Damit sich der Staat viel „erspart“ wird auch bei der Arbeitslosenversicherung gekürzt – wie die Pläne der Regierung, die Notstandshilfe abzuschaffen. Das ist ein Zurück in Richtung 30er Jahre als arbeitslose „ausgesteuert“ waren, also keine staatliche Unterstützung mehr erhielt und mit Schildern „suche arbeit – mache alles“ auf der Strasse standen.



Zahlreiche internationale Beispiele beweisen, dass Privatisierung für KonsumentInnen und Beschäftigte nur Nachteile bringt:

- In Chile wurde das Pensionssystem komplett privatisiert und ist seither das teuerste der Welt: Die Verwaltungskosten verschlingen 30% der eingezahlten Beiträge. Zum Vergleich: Die Verwaltungskosten der österreichischen Pensionsversicherung betragen 1,8%.
- In Japan gingen aufgrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten mit Kyoei Life, Chiyoda Mutual Life und Tokio Mutual Life gleich drei große Lebensversicherer Bankrott.
- Auf den Philippinen sind in Folge eines Kosteneinsparungs- und Privatisierungsprogramms bereits 49% der Spitalbetten in privaten Händen. Die Kosten müssen zum großen Teil die PatientInnen tragen. Nach Protesten wurde zwar ein Versicherungssystem eingeführt, dieses deckt jedoch nur 38% der Bevölkerung ab. Die philippinische Regierung verwendet noch 2,6% des Budgets für die Gesundheitsversorgung gegenüber 28,4% für den Schuldendienst.
- Der Chef des führenden französischen Versicherungskonzerns Axa begründete eine beabsichtigte Verdopplung der Prämien für Behindertenrenten

Anfang 2000 gegenüber Le Monde so: „Ich bin eine Versicherungsgesellschaft, mir geht es um Gewinn, nicht um Solidarität.“

## ***1.5 Wofür die Regierung unser Geld ausgibt***

Trotz Krise gibt es finanzielle Spielräume für die Politik. Wofür der genutzt wird, hängt davon ab, von welcher Seite der Druck auf die Regierung stärker ist. Klassisches Beispiel der Politik der letzten Monate war der Kauf von 18 Eurofighter-Kampfflugzeugen zum Preis von rd. 1,969 Mrd. Euro. Was für ein Zufall - der Preis erinnert stark an diverse Supermarktketten: Sonderangebot um nur 1,99! Dabei ist das die teuerste Anschaffung in der Geschichte der Republik Österreich. Aber dieses Beispiel ist schon etwas zerkaut, darum hier ein paar Beispiele, die etwas weniger bekannt, aber nicht weniger brisant sind:

### ***Beispiel 1) EM 2008***

Wer schaut sie nicht gerne im Fernsehen - die Europameisterschaften? Und wenn sie zu einem ins Land kommen sollen, wer sollte da dagegen sein? Da muss es eigentlich verwundern, dass in Schottland, das sich wie Österreich und die Schweiz um die Austragung der EM 2008 bewarb, 68 % der Bevölkerung gegen die Bewerbung war. "Man sollte das Geld (rund 108 Mio. Euro) lieber in den Nachwuchs investieren" zitiert die Neue Zürcher Zeitung vom 2. Dezember 2002 den schottischen Volksmund.

Nicht zuletzt deshalb bekam nicht Schottland, sondern Österreich/Schweiz den Zuschlag. Aber war die Ablehnung der SchottInnen berechtigt? Sehen wir uns die Finanzplanung für dieses Großevent an. Neben den Kosten für die Veranstaltung selbst, die in Österreich und der Schweiz geringfügig höher, nämlich mit rd. 111 Mio. Euro budgetiert werden, müssen auch noch die Stadien gebaut bzw. ausgebaut werden. Mit kleinen Adaptierungen benützt werden kann in Österreich nur das Ernst-Happel-Stadion in Wien. Komplett umgebaut werden das Stadion Salzburg-Wals und Innsbruck-Tivoli. Neu gebaut wird ein Stadion in Klagenfurt-Waidmannsdorf.

Zum Preis von 63 Mio. Euro (News) bekommt Klagenfurt ein Stadion mit 32.000 Sitzplätzen. Die Kosten sollen zwischen Bund, Land und Gemeinde aufgeteilt werden (wie, darüber wird noch gestritten). Nach den drei EM-Matches werden 17.000 Sitzplätze wieder abgebaut. Auch in Innsbruck und Salzburg wird die Hälfte wieder abmontiert, die Bauteile dann an einem vierten Ort - laut News eventuell Mattersburg - gekarrt und zu einem zusätzlichen Stadion zusammengebastelt werden. Preisanteil für Aufstellen und wieder Abbauen allein in Klagenfurt: 30 Mio. Euro.

Um die Forderung der SchottInnen zu überprüfen, ist es da noch interessant, wie viel Geld pro Jahr für Laien-Sportförderung ausgegeben werden. Das ist insofern nicht so einfach, als Sportförderung in Österreich Landessache ist. Auf einen Blick verglichen werden können die obigen Beträge aber mit der besonderen Bundesförderung von Laiensport, und die Betrag 2002 laut Ministeriumshomepage € 36.336.408,--. Da der Bund je ein Drittel der oben genannten Beträge übernehmen soll, könnte mit diesen Mitteln die Laiensportförderung für das betreffende Jahr mindestens verdoppelt werden. Und das Argument, es würden durch die EM Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft angekurbelt? Warum wird nicht in dauerhaft nutzbare Infrastruktur investiert? In neue Schulen und Krankenhäuser, in Sporteinrichtungen, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Und wie viel zahlen die Privaten Nutznießer der EM für die Bewerbung? Vielleicht hatten die SchottInnen doch recht?

### ***Beispiel 2) Das Finanzministerium zahlte im Jahr 2001 an Finanzberatungsfirmen:***

- 4,3 Mio. Euro an Arthur Anderson,
- 2,6 Mio. an AT Kearney.
- 344.408 Euro an Mc Kinsey für die Finanzverwaltung
- 388.308 Euro an Mummert und Partner
- Insgesamt wurden für "Verwaltungsberatung" 7,80 Mio. Euro aufgewendet.

Im Jahr 2002 waren die Zahlen:

- 5,9 Mio. Euro Beratungskosten für Immobilienprivatisierungen. Fünf davon gingen an Lehman Brothers, das sich österreichischer Subunternehmer bediente (CA-Investmentbank, KPMG, RA-Kanzlei Freshfields Bruckhaus Dehringer).
- 154.419 Euro Beratungen über ÖBB-Umstrukturierungen
- 451.650 Euro Begleitung eines Pilotprojekts der Finanzverwaltung an Infora.
- 788.866 Euro Beratungshonorar bei der Privatisierung des Bundesverlags (an Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG)

Zusammen mit diversen kleineren Beraterhonoraren ergibt das eine Summe von 10,37 Mio. Euro.

Grasser behauptete, dass durch die "4,29 Mio. € an die Anderson Business Consulting Ges.m.b.H. ... Einsparungen möglich wurden, die die Kosten bei weitem übertrafen" (Zitat aus der Parlamentskorrespondenz). Nur wie? Die oben erwähnte Arthur Anderson LPP gelangte schon zu trauriger Berühmtheit: Sie färbte als Firmenberatung und Wirtschaftsprüferin die Bilanzen des US-

Energieriesen Enron so schön, dass seine Aktien bis zum Konkurs im Höhenflug waren - und der dadurch zum bis dahin größten und spektakulärsten Konkurs der Geschichte wurde. (Quelle: Die Presse - Spectrum IV, 27. 4. 2002)

Ähnliche Praktiken scheinen auch in der Hoheitsverwaltung um sich zu greifen. Nur ein prominentes Beispiel: 2001 verkaufte das Land Niederösterreich, um den von Grasser geforderten Überschuss an das Bundesbudget abliefern zu können, ausständige Wohnbauförderungsdarlehen an die landeseigene "Blue Danube Loan Funding GmbH", verbuchte den Verkaufserlös - der über Anleihen über die Citibank London finanziert wurde - als Einnahme und legte das Geld in Aktien und Anleihen an. Folge: Die Rückzahlungsraten der Wohnbauförderungen werden ab jetzt nicht mehr an das Land, sondern an die Anleiheneigentümer gezahlt, und Niederösterreich hat bei den fallenden Aktienkursen schon einiges verloren. Kurzfristig wurden durch die Einnahme die Budgets recht hübsch - aber sogar Eurostat hat den Trick nicht akzeptiert und rechnet die Anleihen der "Blue Danube Loan Funding GmbH" wieder zur niederösterreichischen Landesschuld.

Das sind die Tricks, mit denen diese Finanzberaterfirmen für einen Tarif von 3.020 Euro pro Berater und Tag (Rechnungshof-Rohbericht) Grasser die Einsparungen bringen. In ähnlichen Geschäften verkaufte zum Beispiel die österreichische Bundesregierung alle ihre Gebäude an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), um sie dann zurückzumieten und die italienische Regierung zukünftige (!) Einnahmen aus der staatlichen Lotterie.

### ***Beispiel 3) Selbstbeweihräucherung***

PR-Ausgaben 2002 (für die Vermarktung Grassers und seine Politik):

- 2,36 Mio. Euro Agentur Hohegger (für "Dialog und das persönliche Gespräch" mit kleinen und mittleren Unternehmern)
- 139.800 Euro Hohegger (für Beratung, wie man der Öffentlichkeit am besten "finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen" nahe bringt).

Die Inserat-Kampagne der Regierung zur Pensionsreform 2003, die uns weismachen wollte, dass die Pensionsreform uns etwas bringen wird (wer sich noch erinnert: der berstende Staudamm), hat über eine Million Euro gekostet. Genau 1,119.845,96 Euro wurden für 112 Inseraten-Schaltungen mit dem Titel "Wir denken an morgen" in den österreichischen Tageszeitungen ausgegeben, teilte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit. Wie viel die gleichzeitig laufende Fernsehwerbung zum Thema gekostet hat, ist unbekannt.

## **2. Klassenkämpfe**

### **2.1 Widerstand in Österreich**

Die ersten Monate des Jahres 2003 haben ein neues Kapitel in der Geschichte der ArbeiterInnenklasse in Österreich geöffnet. Die Verschlechterung der sozialen Situation steht einer Polarisierung und einer Zunahme von Klassenkämpfen gegenüber. Die Proteste gegen den Pensionsraub haben zu einem Erwachen der österreichischen ArbeiterInnenklasse geführt. Für die meisten ArbeitnehmerInnen war es das erste Mal in ihrem Leben, dass sie gestreikt haben. Es ist Bewusstsein darüber entstanden, dass es – im Gegensatz zu früher propagierten „gemeinsamen Interessen“ – unterschiedliche bzw. sogar widerstrebende Interessen zwischen ArbeiterInnen einerseits und Unternehmern und Regierung andererseits gibt. Angesichts der Angriffe der letzten Jahre wuchs der Unmut unter den ArbeitnehmerInnen. Die Gewerkschaftsführung sah sich gezwungen, auf den steigenden Druck zu reagieren. Die Urabstimmung im Herbst 2001 mit über 80% Unterstützung für Kampfmaßnahmen spiegelte die Kampfbereitschaft wider. Mit den zwei Streiktagen (6.5. und 3.6.) und der Massendemonstration am 13.5. haben die Beschäftigten bewiesen, dass sie kämpfen wollen und können. Trotzdem hat die Gewerkschaftsführung nur drei Tage nachdem rund ein Drittel der Beschäftigten am 3.6. in den Streik getreten waren, den Rückzug angetreten.

Die Ursachen für Taktik und Vorgehensweise der ÖGB-Führung waren vielschichtig und sind das Ergebnis ihres Selbstverständnisses. Aus ihrer strukturellen Orientierung auf die „Sozialpartnerschaft“ (die aufgrund der verengten ökonomischen Spielräume längst nicht mehr existiert) und ihrem Selbstverständnis als staatstragende Organisation (ausgedrückt in der Ablehnung von ‚politischen Streiks‘ und ‚Generalstreik‘) war eine Eskalation, die die Regierung gestürzt hätte, undenkbar. Auch das Fehlen einer ökonomischen Alternative und damit die Notwendigkeit, die von der Regierung vorgegebenen „Sachzwänge“ letztlich zu akzeptieren (also nur ein bisschen anders zu kürzen), ist für die Kapitulation verantwortlich. In einer Zeit verengter ökonomischer Spielräume ist der Kampf für Reformen wesentlich schwerer als zum Beispiel in den 60er Jahren. Er stößt rascher an Systemgrenzen, kratzt fundamental an den Profiten der Unternehmen und damit am System. Die ÖGB-Führung hatte auch keine Eskalationsstrategie nach dem 3. Juni. Für sie waren die Streiks ein Symbol, nicht Kampfmittel. Sie hoffte immer noch auf die Überlegenheit ihrer „guten (keynesianischen) Argumente“ und verstand bis zuletzt nicht, dass es widersprüchliche Interessen gibt. Nicht die „Sturheit“ Schüssels, auch wenn er seine politische Zukunft mit dem Pensionsraub verbunden hat, sondern der

Zustand der Welt- und der österreichischen Wirtschaft ist der Grund für die verhärteten Fronten.

Die ÖGB-Spitze hatte auch Angst vor einer unkontrollierten Eskalation der Proteste. Deshalb wurde verhindert, dass die streikenden in großen Demonstrationen zusammenkommen. Wären die Streiks weitergegangen, hätte die ÖGB-Bürokratie zunehmend die Kontrolle über die streikenden KollegInnen verloren, da diese ihre eigene Stärke gespürt hätten und begonnen hätten, sich selbst zu organisieren. Die Taktik der ÖGB-Bürokratie, die Beschäftigten möglichst passiv zu halten, hat sich darüber hinaus als demobilisierend herausgestellt. Bei kommenden Kämpfen müssen demokratische Strukturen geschaffen werden, die die aktive Teilnahme aller Streikenden gewährleistet. Die demokratische Wahl von Streikkomitees, Diskussionen unter den Beschäftigten über Strategie & Taktik, über Alternativen und über Erfahrungen in anderen Ländern und Betrieben. Solidarität zwischen den Betrieben ist ebenso wichtig, wie die Verlagerung der Proteste auf die Strasse. Ziel eines Streiks kann es nicht sein, möglichst wenig aufzufallen, und den Unternehmen möglichst wenig zu schaden.

Die Kapitulation der Gewerkschaftsführung bedeutet objektiv eine Niederlage für die ArbeiterInnenklasse. Der Pensionsraub und weitere Verschlechterungen werden von der Regierung durchgezogen. Es gibt aber unterschiedliche und durchaus widersprüchliche Auswirkungen. Einerseits das Gefühl der Niederlage, andererseits existiert auch das Empfinden, dass die Kämpfe dazu geführt haben, dass die Regierung „nachbessern“ musste, mit den Streiks „etwas erreicht“ zu haben. Die objektive Niederlage in Bezug auf den Pensionsraub wird daher nicht kommende Klassenkämpfe verhindern. Hunderttausende (wenn nicht Millionen) ArbeiterInnen sind erstmals als ArbeiterInnenklasse aktiv geworden.

Es existieren auch die Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbürokratie, ihre zögerliche Herangehensweise, ihre Verwirrtaktik den eigenen Mitgliedern gegenüber, ihre Desinformationspolitik, der Rückzug am 26. Mai und die Kapitulation am 6. Juni. Dies wird bei Teilen der ArbeiterInnenklasse zu Wut über die Bürokratie führen. Die konkreten Reaktionen werden von Rückzug aus der Gewerkschaft und Frustration bis zu eigenständiger Organisation reichen. Was noch fehlt und sich erst entwickeln wird müssen, sind Erfahrungen mit Selbstorganisation. Bisher dominiert noch das Gefühl, ohne Gewerkschaftsspitze und deren Aufruf/Organisierung, nichts tun zu können. Der Aufbau einer kämpferischen und demokratischen Opposition in, mitunter auch außerhalb des ÖGB, wird zunehmend wichtiger. Denn nur kämpferische und demokratische Gewerkschaften können den Sozialabbau zurückschlagen und Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse erkämpfen.

- Nein zur Sozialpartnerschaft - für demokratische und kämpferische Gewerkschaften!

- Abschaffung aller Politikerprivilegien. Offenlegung aller Politikereinkommen. VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse, egal ob in Parteien oder Gewerkschaften, müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiter-Lohn.

## ***2.2 Der Angriff des Kapitals ist international! Der Widerstand dagegen auch!***

Österreich ist nicht das einzige Land in dem es aktuell Angriffe auf Pensionen, Gesundheitssystem und Sozialstaat gibt. Von Schweden bis Italien, von Frankreich bis Israel versuchen Regierungen die Pensionssysteme und den Sozialstaat zu zerschlagen. Hintergrund dieser Offensive des Kapitals – Privatisierung, Flexibilisierung, Eingriffe auf Arbeits- und Gewerkschaftsrechte – sind die engeren Spielräume des Kapitalismus angesichts von Rezession und stagnierender Wirtschaft.

Die Reaktion der ArbeiterInnenklasse auf die Angriffe des Kapitals ist weltweit erbitterter Widerstand, dessen Bandbreite von Protesten und Demonstrationen über Streiks bis hin zum Generalstreik reicht. Klassegegensätze und Klassenkämpfe spitzen sich zu. Und in vielen Fällen war der Druck der Bewegungen stark genug, um eine zumindest kurz- bis mittelfristige Blockierung dieser Pläne zu erreichen.

### ***Einige Fallbeispiele***

#### ***Frankreich: Pensionskürzungen – ArbeiterInnen antworten mit Streiks***

Angriffe auf Pensionssystem und Bildungswesen lösen im Mai 2003 eine Bewegung von mehreren eintägigen Streiks im öffentlichen und privaten Sektor aus. Die Raffarin-Regierung hatte eine Ausdehnung des Durchrechnungszeitraums, eine Anhebung des Pensionsalters und direkte Pensionskürzungen geplant. Die französischen ArbeiterInnen antworteten mit einer Serie von Streiks und Demonstrationen, zunächst beginnend bei den öffentlich Bediensteten, dann sich ausdehnend auf Teile der Privatwirtschaft. Die LehrerInnen waren mit elf Aktions- und Streiktagen gegen Kürzungen im Bildungsbereich die Speerspitze der Bewegung, die mit zwei Millionen Streikenden am 13. Mai und einer Demonstration von 1,5 ArbeitnehmerInnen am 25. Mai ihren Höhepunkt fand. Die Ausweitung des Streiks bedeutete auch, dass nicht mehr nur noch gegen die Angriffe auf das Pensionssystem gekämpft wurde, sondern auch gegen andere neoliberale Attacken wie Privatisierung und Abbau von Arbeitsplätzen. In Teilen Frankreichs gab es Assemblées Generales, lokale Versammlungen von Lehrern, Eltern und Schülern, die vom Bildungsbereich aus gegen die Schließung und Privatisierung von Schulen



initiiert wurden. Die demonstrierenden ArbeiterInnen forderten Generalstreik während die Gewerkschaftsführer Thibault und Blondel mit der Regierung verhandeln wollten. 1995 hatten Streiks im öffentlichen Dienst dem Zusammenbruch der damaligen Juppé-Regierung den Boden bereitet, nachdem sie mehrere Monate das Land lahmgelegt hatten. Auslöser waren unter anderem Angriffe auf Sozialversicherung, Gesundheitswesen und Pensionen gewesen.

### ***Israel: Regierung greift Pensionen und Bildung an - Streik***

Das Sparpaket der wiedergewählten Sharon Regierung wird Ende April 2003 mit Streiks im öffentlichen Dienst und den Banken beantwortet, die von der Gewerkschaftsführung jedoch abgebrochen wurden. Das Paket beinhaltet Maßnahmen zur Zerschlagung des Pensionssystem, Privatisierung des restlichen Staatsbesitzes, Lohnkürzungen für öffentlich Bedienstete und im Bildungsbereich, sowie eine Steuerreform zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Allein erziehende Mütter besetzten mit einem Zeltlager den Eingang des Finanzministeriums. Die Streikaktionen fanden in einer Situation von de facto Kriegszustand statt und stellen ein kräftiges Lebenszeichen der israelischen ArbeiterInnenklasse dar.

### ***Indien: Regierung will Privatisierung vorantreiben – Generalstreik von 50 Millionen***

Am 21. Mai 2003 nehmen mehr als 50 Millionen ArbeiterInnen in ganz Indien an einem Generalstreik von historischen Dimensionen - der größte seit Indiens Unabhängigkeit - gegen Privatisierung von Pensionen, Wasser- und Stromversorgung teil. Beteiligt am Streik waren unter anderem auch Bankangestellte und Landarbeiter. Der Streik vereinte die indische ArbeiterInnenklasse über ethnische und religiöse Grenzen hinweg. Davor hatten im April 2002 zehn Millionen im öffentlichen Sektor gestreikt. In den vergangenen 13 Jahren haben 25 Millionen ArbeitnehmerInnen in Indien ihren Job verloren. Die ArbeiterInnen leiden unter den Folgen der Globalisierung. Die krisengeschüttelte Wirtschaft versucht sich mit Lohndruck, Ausgliederung von Unternehmensteilen und Flexibilisierungsmaßnahmen aus der Affäre zu ziehen.

### ***Griechenland: Regierung greift Pensionen an – Generalstreik, Maßnahmen zurückgenommen***

Griechenland, wo im vergangenen Jahrzehnt mehrere Generalstreiks stattgefunden hatten, wurde im September 2001 Zeuge der größten Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse der gesamten letzten zehn Jahre. Die konservative Simitis-Regierung wollte die ohnehin bereits mageren Pensionen der griechischen ArbeiterInnen kürzen. Diese Bewegung war so stark, dass sie

einen panischen Rückzug der Regierung von ihren ursprünglichen Plänen zur Folge hatte. Was sie aber nicht verhindern konnte waren weitere Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte und Arbeitsbedingungen durch die Regierung: Lockerungen des Kündigungsschutzes, Einführung von Teilzeitarbeit, Abschaffung des Acht-Stunden-Tags und der Fünf-Tage-Woche. Die Antwort der griechischen ArbeiterInnenklasse war ein zweiter Generalstreik innerhalb von nur zwei Monaten.

### ***2.3 Bloß an den Systemgrenzen kratzen?***

All diese Kämpfe zeichnen sich durch ein gemeinsames Feature aus: Sie stoßen viel schneller an die Systemgrenzen als zum Beispiel in den 70ern, weil die entsprechenden Spielräume nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig ist die Gewerkschaftsführung nicht bereit mit dem System zu brechen. Sie bricht diese Kämpfe ab sobald ihnen die Kontrolle zu entgleiten droht. Nach vierwöchigen Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie für die 35-Stunden-Woche wurde der Streik ergebnislos abgebrochen. Während zehntausende ArbeiterInnen auf einer Großdemonstration in Marseille Generalstreik verlangten, forderte der Gewerkschaftsführer Bernhard Thibault von der CGT Verhandlungen. Immer wieder werden ArbeitnehmerInnen, die bereit sind zu kämpfen und die keine andere Wahl haben als zu streiken von ihren Gewerkschaftsführern im Stich gelassen. Warum? Die Antwort ist das Fehlen einer Alternative. 1994 in Italien und 1995 in Frankreich wurden Berlusconi bzw. Juppé von Streikbewegungen gestürzt und durch Mitte-Links Regierungen ersetzt. Aber weder das Ulivo-Bündnis in Italien noch Jospin in Frankreich konnten eine Alternative zu Sozialkürzungen, Flexibilisierung und Privatisierung bieten. Rot-Grün in Deutschland und Blair in Britannien machen heute den traditionellen bürgerlichen Parteien in Sachen arbeitnehmerInnenfeindliche Politik Konkurrenz. In Österreich war es die große Koalition von SPÖ und ÖVP die Sparpakete - unter Einbeziehung der Gewerkschaft - umgesetzt hat. Diese Erfahrungen verunsichern weite Teile der ArbeiterInnenklasse und der Gewerkschaftsbewegung. Was passiert wenn die Regierung von einem mächtigen Generalstreik gestürzt wird? Die Gewerkschaftsführung hat keine alternatives Programm zum neoliberalen Kurs der Regierungen. Es gibt keine politische Alternative in Form von sozialistischen oder linksreformistischen Parteien die ein alternatives Programm in Interesse der ArbeiterInnen umsetzen würden. Vor allem aber fehlt es an einer Alternative zu dem System, das es überhaupt erst notwendig macht, dass die Krise der Profite der Reichen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Grund dafür sind unter anderem die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Stalinismus und die Krise, in der sich der Kapitalismus seit Mitte der 70er befindet. Die Tatsache, dass die Perioden des Aufschwungs die Wirtschaftsabschwünge nicht mehr wettmachen konnten,

hat die bedeutendsten Teile der Herrschenden zur Wende zum Neoliberalismus geführt. Der Kollaps der UdSSR hat das beschleunigt und das Selbstvertrauen der Bürgerlichen gestärkt. Der Kapitalismus war in den 90ern ideologisch in der Offensive. Sozialistische Ideen und Traditionen der ArbeiterInnenklasse wurden verunglimpft. Weite Teile der Linken waren verwirrt, die ArbeiterInnenbewegung in der Defensive. Die ehemaligen Arbeiterparteien gingen so weit nach rechts, dass ihre Führung – Blair, Schröder, Jospin, die SPÖ in den 90ern - das neoliberale Programm der Herrschenden teilweise besser umsetzte als offen bürgerliche Parteien.

Die ArbeiterInnenbewegung steht heute vor großen Aufgaben. In der kommenden Periode werden mächtige Kämpfe und Bewegungen auf uns zu kommen. Damit diese Kämpfe langfristig erfolgreich sein können ist es nötig eine politische Alternative aufzubauen. Wir treten für den Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition ein, die mit dem Erbe der Sozialpartnerschaft bricht und für demokratische Strukturen im ÖGB kämpft. Entgegen der Behauptungen der ÖGB Funktionäre ist jeder Streik ein politischer Streik und niemals nur auf den reinen Arbeitskampf beschränkt. Daher ist all das untrennbar verbunden mit dem Aufbau neuer Parteien von und für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Parteien die sich dem neoliberalen Programm der etablierten Parteien entgegenstellen. Die Interessen der Kapitalisten werden in Österreich sehr effektiv von Regierung, Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung vertreten. Genauso braucht die ArbeiterInnenklasse eine Partei die sie organisiert, vertritt, die Erfahrungen sammelt und bilanziert, die Kräfte bündelt und ein Ziel vor Augen hat. Diese Kraft fehlt derzeit in Österreich. Es gilt sie aufzubauen. In Österreich steht dieser Prozess erst ganz am Anfang. Das Entstehen einer solchen Partei wird das Ergebnis von kommenden Klassenkämpfen und Bewegungen sein, in denen sich Teile der ArbeitnehmerInnen, Teile der Gewerkschaften radikalisieren und entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Die SLP wird diese Ansätze unterstützen.

### ***3. Umverteilung von oben nach unten***

ArbeitnehmerInnen wollen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, das kapitalistische System bewirkt aber, dass die Schere zwischen den Reichen und den Armen immer weiter aufgeht. Deshalb gibt es seit den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung Diskussionen darüber, was gefordert werden soll, um einer Umverteilung von oben nach unten näher zu kommen. Wir beteiligen uns an dieser Auseinandersetzung, auch mit dieser Broschüre, und stellen unseren Standpunkt zu den verschiedenen existierenden Forderungen dar. Natürlich sind diese Forderungen nicht unbeeinflusst vom Kapital. Wir beschäftigen uns daher auch mit Forderungen des Kapitals, die in letzter Zeit verstärkt laut werden und die auch in der Debatte um eine Steuerreform eine wichtige Rolle spielen (Mythos 1 und 2).

Dass die ArbeiterInnenklasse auch in Krisenzeiten Reformen zu ihren Gunsten erkämpfen kann, hat sich mehrfach gezeigt. Hintergrund kapitalistischer Krisen ist ja, dass sich zu viel Geld angehäuft hat. Die Kämpfe mit dem Kapital um die zu verteilenden Mittel verschärfen sich aber. Undemokratische internationale Institutionen wie die EU dienen dabei als Ausrede der liberalen Politik für Sozialabbau. Je stärker sich die Auseinandersetzungen zuspitzen, desto mehr drängt sich aber eine Frage auf: Die der Macht in der Gesellschaft. Selbst wenn alle vorgeschlagenen Reformen einmal umgesetzt wären, müsste das Kapital immer noch versuchen sich auf Kosten der anderen Klassen zu bereichern. Jede Reform könnte erneut gekippt werden. Gerade jetzt sind wir in einer solchen Situation – Errungenschaften der letzten Jahrzehnte werden sukzessive Angegriffen und abgeschafft. Reformen zur Umverteilung können daher sehr positive Schritte sein, um sie abzusichern ist aber die Überwindung der Grundlage für das Verteilungsproblem – des Kapitalismus.

#### ***3.1 Steuerreform – zu wessen Gunsten?***

Ein besonders wichtiges Instrument zur Umverteilung sind Steuern. Die Bürgerlichen fordern momentan eine Steuerreform – auch wir stellen diese Forderung auf. Nur der Inhalt dieser Reformpläne ist entgegengesetzt. Darum haben wir diesem Thema ein besonderes Kapitel gewidmet.

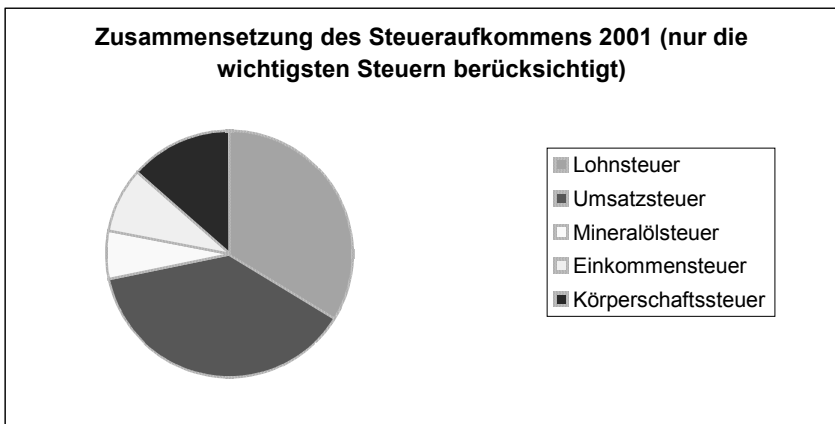
Bei der Diskussion um Steuern und Steuersysteme kommt immer die Frage auf: „Was ist gerecht“? Beantwortet wird diese – je nach Interessenslage – sehr unterschiedlich. Im wesentlichen gibt es zwei Denkmuster:

- *Flat-Tax* bedeutet, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, denselben Steuersatz zahlen müssen. Die Flat-Tax, die u.a. von der FPÖ gefordert wird, scheint nur auf den ersten Blick gerechter zu sein. In der Praxis gibt es sie für Konsumausgaben – wenn wir etwas kaufen, zahlen wir

alle Umsatzsteuer, und der Steuersatz ist unabhängig von unserem Einkommen. Das heißt aber in der Praxis, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen einen wesentlich höheren Anteil von ihrem Einkommen für diese Steuer ausgeben müssen als Wohlhabendere. Wir lehnen daher alle Formen von „Flat-Tax“ ab.

- *Steuerprogression* bedeutet, dass Menschen mit höherem Einkommen auch einen höheren Steuersatz haben, also einen größeren Prozentsatz ihres Einkommens als Steuer abführen müssen. Bei einer Einkommenssteuerprogression wird versucht, der ungerechten Verteilung von Einkommen etwas entgegenzusteuern. Wenn Menschen mit höherem Einkommen einen höheren Steuersatz haben, so können die Mehreinnahmen zur Finanzierung des Sozialstaates verwendet werden und den Härten des Kapitalismus zumindest in Ansätzen entgegengewirkt werden. Vergessen werden darf auch nicht, dass die enorme Einkommensschere (wir meinen hier nicht zwischen 1000 und 2000 Euro, sondern zwischen 1000 und 10.000 oder 100.000 Euro) an sich nicht „gerecht“ ist, sondern das Ergebnis von Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus. Daher treten wir für Steuerprogression ein.

Das österreichische Steuersystem, obwohl ursprünglich anders angelegt, wirkt bei den unselbstständig Beschäftigten Haushalten kaum progressiv (WIFO-Verteilungsstudie). Ursachen für die schwache Progression sind: Die regressive (progressionsmindernde) Wirkung der Sozialversicherungsbeiträge, hohe (regressive) indirekte Steuern, geringe Progression der Einkommenssteuer durch Begünstigung der Sonderzahlungen, geringe Kapitalertragssteuern, nahezu keine Vermögenssteuern.



Quelle: BMF, AK Wien

## ***Momentane Aufteilung der Steuerlast***

Das Ungleichgewicht zwischen den Steuern, die die ArbeiterInnenklasse einerseits und Vermögende und Unternehmen andererseits zahlen, nimmt ständig zu. Veränderungen der Steuereinnahmen von 2001 auf 2002:

- Umsatzsteuereinnahmen stiegen von 17,35 auf 17,63 Mrd. Euro
- Einkommensteuereinnahmen sanken von 3,98 auf 3,13 Mrd. Euro
- Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (für Unternehmensführung) sanken von 6,24 auf 4,56 Mrd. Euro
- Lohnsteuereinnahmen stiegen von 15,67 auf 16,22 Mrd. Euro
- Von 1992 bis 1999 ist das Lohnsteueraufkommen um 49% gestiegen, die Gewinnsteuer hingegen nur um 6%
- Der Beitrag der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen hat sich seit 1965 von 28 auf 14 % halbiert. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Lohnsteuern von 10 auf 30 % verdreifacht. [Steuerabteilung der AK]
- Die effektive Unternehmensbesteuerung liegt in Österreich mit 17,67 % an drittniedrigster Stelle in der EU. Läge sie im EU-Schnitt von 27 %, brächte dies zusätzliche Einnahmen in der Höhe von mindestens 1,45 Mrd. Euro. [Universität Maastricht 1999]

Verschärft wurde die Situation 1993/94 durch die unter SPÖ-Finanzminister Lacina erfolgte Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer sowie der Sonderabgabe für Banken und der Verabschiedung des Privatstiftungsgesetz.

Als Argument führte unter anderem die SPÖ damals an, dass mit dem Stiftungsrecht die Kapitalflucht reicher ÖsterreicherInnen in Steueroasen wie Monaco oder Lichtenstein verhindert werden könne. Nun kann man Wertpapiere, Immobilien oder ganze Unternehmen in das Eigentum einer unabhängigen juristischen Person, der Stiftung, übertragen. Alle anfallenden Gewinne oder Dividendenzahlungen können steuerfrei einbehalten werden. Damit ist es Österreich gelungen sogar der Steueroase Lichtenstein Konkurrenz zu machen. Karl Wlaschek, Ex-Billa- und Immobiliernbesitzer, sparte beim Verkauf seiner Billa-Anteile an den deutschen Rewe-Konzern dadurch rund 5 Mrd. öS. Er war damit nicht der einzige. Gelder die an Begünstigte der Stiftungen ausgezahlt werden unterliegen nur einer 25%igen Besteuerung. Folge: Es ist nicht mehr die Einkommensteuer von – für hohe Einkommen – bis zu 50% oder Erbschafts- und Schenkungssteuer von bis zu 60% abzuführen, sondern nur noch die KEST von 25%. Wir alle müssen übrigens für die Zinsen auf unseren Sparbüchern ebenfalls 25% KEST zahlen – ein im Verhältnis zu unseren Gesamteinkommen im Regelfall viel zu hoher Steuersatz. Vermögen ist in Österreich noch ungleicher

verteilt als Einkommen. Die Vermögensbesteuerung setzt sich aus Grundsteuern, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuern, Grund- und Kapitalverkehrssteuern zusammen.

- Die AK (Zahl von 1997) schätzt, dass jährlich Vermögen im Wert von 7,3 Mrd. € vererbt bzw. verschenkt werden. Dass dafür aber aufgrund der viel zu niedrig angesetzten Einheitswerte, nur 0.08 Mrd. € an Steuern abgeführt werden.
- Schätzungen sprechen von einem Einnahmefall von über 700 Mio. Euro pro Jahr durch die ersatzlose Streichung der Vermögenssteuer
- Ca. 5,2 Mrd. Euro entgingen dem Staat bisher durch die Abschaffung der Gewerbesteuer
- Ca. 1,2 Mrd. Euro insgesamt oder 145,3 Mio. Euro jährlich macht die Abschaffung der Sonderabgabe für Banken im Jahr 1994 aus.
- Der Anteil der Vermögensbesteuerung an der Staatsfinanzierung in Österreich ist von 3,7% 1970 auf 1,3% 1997 zurückgegangen. [OECD, Revenue Statistics 1999], damit ist Österreich Steuer-Schlusslicht unter den 29 in der OECD versammelten Industrienationen.
- heute lagern in rund 2.300 Privatstiftungen schätzungsweise 44 Mrd. Euro und sind damit einer effektiven Besteuerung entzogen.
- Würden diese Stiftungen wie "kleine Sparer" behandeln und ihre Erträge mit 25 % KEST belastet, so ergäbe dies jährlich ca. 726,7 Mio. Euro Steuererträge, würden sie mit dem entsprechenden Spitzensteuersatz von 50% besteuert werden, läge der Wert bei über einer Milliarde Euro.

#### Privatstiftungen in Österreich

1998	1999	2000	2001	2002	2003
957	1245	2047	2190	2335	2422

Österreich ist bei der Vermögensbesteuerung Schlusslicht in EU und OECD.

- Trügen die Vermögenssteuern in Österreich (1,3%) so viel zur Staatsfinanzierung bei wie in Großbritannien, Japan oder den USA (je 10,7%), bräuchte dies Mehreinnahmen von rund 120 Mrd. Schilling. [OECD, Revenue Statistics 1999]
- Derzeit zahlen die Multimillionäre für fast 600 Mrd. Vermögen jährlich nur knapp über 1 Milliarde Euro Steuern. Das ist ein Steuersatz von 0,17%.

## **Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher**

*„Als ein gewisser Nachteil des Standortes Österreich können die Gebühren und Verkehrssteuern empfunden werden ... . Jedoch wurden dafür umfangreiche Vermeidungsstrategien entwickelt, sodass sich daraus keine signifikanten Effekte ergeben.“*

**Magazin der deutschen Handelskammer in Österreich, 7-8/2003**

Wer unselbständig erwerbstätig ist, dem/der wird die Lohnsteuer abgezogen, bevor er/sie das Geld überhaupt zu Gesicht bekommt. Steuerhinterziehung ist daher auch nicht möglich. Und wer etwas konsumiert – ein Kilo Brot, einen Kinobesuch, eine Tageszeitung, die eigene Wohnung – zahlt immer automatisch die Umsatzsteuer/Mehrwertssteuer mit. Im Gegensatz dazu haben Selbständige und Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und nutzen diese auch oder verschaffen sich mittels verspäteter Zahlung Zinsvorteile:

- 6 Mrd. Euro macht die Steuerhinterziehung aus.
- Unternehmen schulden der Republik für bereits einkassierte Umsatzsteuer rund 3 Mrd. Euro.
- 7 Mrd. Euro machen die Rückstände der Unternehmer bei Finanzamt und Sozialversicherung aus.
- Von 1,53 auf 1,64 Mrd. Euro gestiegen sind die zu "bearbeitenden Steuerrückstände" laut Finanzministerium von 2001 auf 2002. Davon entfallen 980,56 Mio. Euro auf Umsatzsteuer, 406,93 Mio. Euro auf Einkommensteuer, 170,41 Mio. Euro auf Körperschaftssteuer und 87,12 Mio. Euro auf Lohnsteuer.

Seit Jänner 2001 ist die Zahl der Betriebsprüfer um 5% auf 1.863 gesunken. Das erleichtert Steuerbetrug.

Wenn Selbstständige und Unternehmen hohe Steuern zahlen, dann haben sie einen schlechten Steuerberater – zahlreiche Abschreibungsmöglichkeiten und andere „Steuerschlupflöcher“ heben die Steuerprogression de facto auf. Kapitalgesellschaften zahlen in Österreich nominell 34 %, real aber nur 27,9 % Körperschaftssteuer, vielfach zahlen Unternehmen durch steuertechnische Tricks überhaupt keine Steuern. „In Österreich bleibt einem Unternehmer praktisch doppelt so viel von seinem Gewinn wie in Deutschland. Die Steuerlast ist insgesamt um gut die Hälfte geringer. (Quelle: Werbetext der AustrianBusiness Agency im deutschen "Wirtschaftsspiegel" 7-8/97).

- Bei der Besteuerung von Kapitalerträgen ist Österreich Schlusslicht in der OECD. In Deutschland ist die Besteuerung von Unternehmensgewinnen mehr als doppelt so hoch.



- Mit der Gewinnsteuerquote von Finnland hätte Österreich ein Defizit von Null mit jener der Niederlande sogar einen Überschuss von über einer Milliarde Euro (GPA, 2000).
- Die sechs größten Banken haben 1997 im Durchschnitt nur 13% Steuern von ihren Erträgen bezahlt. Die größte überhaupt nur 8%.
- Einer der größten Erdölmultis der Welt, Shell, weist im selben Jahr in seiner Österreich-Bilanz bei einem Gewinn von 26 Mio. Euro eine Steuer"last" von weniger als 40 Euro (!) aus.
- Die Shell-Austria AG hat 2001 bei einem Jahresergebnis von 92 Mio. Euro aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit keinen einzigen Cent an Steuer zahlen müssen. (Bilanz 2002).
- Die Immofinanz zahlte 2001 für 32,12 Mio. Euro Gewinn nur 0,17 Mio. Euro Steuern.
- Spar zahlte 2001 für 17,22 Mio. Gewinn nur 0,04 Mio. Euro Steuern.
- Die Bank Austria zahlte 2001 für 586,98 Mio. Gewinn nur 39,97 Mio. Euro Steuern
- Die Allianz erhielt für 16,28 Mio. Gewinn sogar eine Rückzahlung von 0,11 Mio. Euro.

Die gewinnstärksten Unternehmen Österreichs haben im Zeitraum von 1999 bis 2000 Gewinnsteigerungen von bis zu 150,67 % erzielt.

### ***Unsere Steuer-Forderungen***

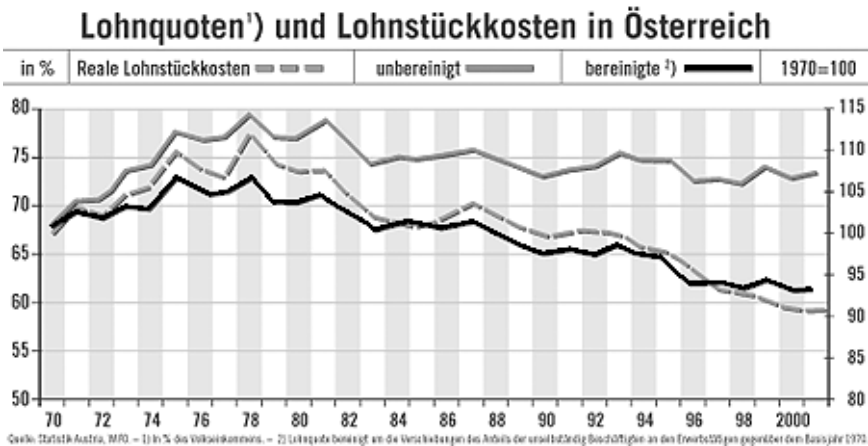
In der ArbeiterInnenbewegung existiert die Forderung nach einer einzigen, stark progressiven Steuer und nach der Abschaffung aller Massensteuern schon lange – es gilt, sie endlich umzusetzen.

- Abschaffung aller Massen- und Konsumsteuern, besteuert werden soll nur mehr Einkommen und Vermögen.
- Aus für steuerfreie Stiftungen, Besteuerung mit dem entsprechenden Einkommenssteuersatz
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe als echte Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen. (siehe entsprechendes Kapitel)
- Besteuerung aller Einkommen mit einem stark progressiv mit der Einkommenshöhe anwachsenden Steuersatz – Weg mit Steuerschlupflöchern für Reiche

- Ein mögliches Modell wäre, Profite, Zinsen, Dividenden und sonstige Kapitalerträge mit anderen Einkommen zusammenzurechnen und die Gesamteinkommen mit dem jeweiligen Einkommenssteuersatz zu besteuern.

### 3.2 Mythos 1: Hohe Lohnnebenkosten

Regelmäßig beklagen Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung die „hohen Lohnnebenkosten“ und verweisen darauf, dies würde die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden. Die „Lohnnebenkosten“ sind Lohnkosten, insofern haben die UnternehmerInnen Recht. Sie sind die Beiträge zu den diversen Sozialversicherungen und –töpfen sowie zum Staatshaushalt. Erwirtschaftet werden sie aber, ebenso wie die Löhne, von den Beschäftigten, und nicht, wie gerne behauptet, von den UnternehmerInnen. Die Senkung der Lohnnebenkosten bedeutet daher ebenso wie direkte Lohn/Gehaltssenkungen eine Umverteilung von den Beschäftigten zu den Unternehmen.



Falsch ist auch die Behauptung, die Arbeitskosten wären in Österreich aufgrund der Lohnnebenkosten besonders hoch. Die Lohn- und Lohnnebenkosten sagen wenig aus, da sie nichts über die Produktivität sagen, also darüber, wie viel in der bezahlten Arbeitszeit geleistet wird. Aussagekräftiger sind da die Lohnstückkosten – also wie viel für die Produktion einer Einheit bezahlt werden muss – und da ist Österreich billig! Die Lohnstückkosten sanken laut OECD-Angaben zwischen 1992 und 2002 um 10,8%. In Handel und Industrie stieg die Produktivität zwischen 1995 und 2001 fast doppelt so stark wie die Kosten für Personal. Die Interessensvertretungen versuchen hier auf Kosten der Beschäftigten die Profite zu erhöhen. (Quelle: WIFO)

## ***Wie Kapitalflucht bekämpfen?***

Das Druckmittel schlechthin des Kapitals ist die Abwanderung. Dem muss auch die ArbeiterInnenbewegung etwas entgegensetzen. Das beste Mittel ist dabei die internationale Organisation. ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Ländern sollen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen – wenn die Produktion in einem Land abgesiedelt werden soll, wäre es am besten, wenn die Beschäftigten im Land, in das das Werk verlegt werden soll, das auch bestreiken würden. Darum ist die SLP Teil einer Internationale, des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI), das unsere Positionen in mehr als 35 Ländern der Erde vertritt.

### ***3.3 Mythos 2: Lohnverzicht und Flexibilisierung schaffen keine Arbeitsplätze***

Andere „Lösungsansätze“ der Unternehmen sind weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und weitere Aufweichung von Arbeitsschutzbestimmungen. Sie meinen damit: Sonn- und Feiertagsarbeit, Nachtarbeit, Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, geringfügige Beschäftigung und freie Dienstverträge, weniger Schutzbestimmungen für Jugendliche, Frauen und Behinderte. Die Verschlechterungen, die es in diesen Bereichen in den letzten Jahren bereits gegeben hat und internationale Vergleiche beweisen aber: das führt nur zu einer Umstrukturierung der Erwerbstätigenstruktur, weg von existenzsichernden Vollzeitjobs hin zu nicht-existenzsichernden Teilzeitjobs. Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat nicht die versprochenen Arbeitsplätze geschaffen. Im Gegenteil: Im Zeitraum von August '96 bis '97 wurden im Zuge der Aufweichung der Ladenöffnungszeiten rund 1.600 Vollzeitarbeitsplätze vernichtet. Obwohl die Arbeitskräfte in den letzten Jahren viel „flexibler“ geworden sind, gab es 2002 einen Rückgang bei den Aktiv-Beschäftigten um 0,5% (IHS).

Untersuchungen beweisen, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Arbeitslosenrate existiert – dass also Lohnverzicht (oder Verzicht auf Lohnnebenkosten und somit Sozialleistungen) keine Arbeitsplätze schafft (Mum 2000). Tatsächlich arbeiten die österreichischen Beschäftigten bereits länger als ihre KollegInnen in anderen EU-Staaten: Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Österreich durchschnittlich 40,1 Stunden/Woche – im EU12 Schnitt aber nur 39,4 (EUROSTAT).

## Netto-Einkommen pro ArbeitnehmerIn

inflationbereinigte Veränderung zum Vorjahr

1994	1,3
1995	-3,2
1996	-3,2
1997	-2,2
1998	2,9
1999	1,1
2000	1,7
2001	-0,7

Quelle: Statistik Austria, AK Wien

### ***3.4 Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei einem Mindestlohn von 1.100 Euro netto***

Bei Meinungsumfragen wird die Angst um den Arbeitsplatz zunehmend als "die Hauptsorge" genannt. Immer mehr Menschen sind vom Gespenst der Massenarbeitslosigkeit betroffen. Das Prinzip "hire and fire" - also unsichere, kurzfristige Arbeitsverhältnisse - setzt sich mehr und mehr durch. Die Zahl der Arbeitslosen steigt und steigt - im langfristigen Durchschnitt seit rund 20 Jahren. Technisch wäre es heute möglich für die gesamte Menschheit ein Leben in sozialer Sicherheit zu garantieren. Doch wir sehen eine Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Die Alternativen, der bürgerlichen Politiker und Ökonomen - zu denen auch die Führung der Sozialdemokraten zu zählen ist - sind zynisch: Sie finden sich entweder mit dem Phänomen ab, oder schlagen das "Runterschrauben" von Löhnen, sozialen Rechten und Schutzbestimmungen vor. Sie versuchen, Arbeitslose und „ArbeitsplatzbesitzerInnen“ gegeneinander auszuspielen und fordern von jenen, die noch einen Job haben, zugunsten jener ohne Job auf Löhne und Sozialleistungen zu verzichten. Also eine Umverteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse bei der die Profite der Unternehmer nicht angetastet werden.

- Seit Anfang der 80er Jahre hat sich die Arbeitslosenrate (nach österreichischer Berechnung) verdreifacht (1980: 1,9%, 2003: 5,9%)

- Seit Anfang der 80er Jahre hat sich die Anzahl der einmal von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen verdreifacht (1980: ca. 240.000, heute über 700.000).
- Auch europaweit sowie international gesehen hat sich die Lage des Arbeitsmarktes verschlechtert.
- 47.107 Jugendliche zwischen 15 und 25 sind arbeitslos gemeldete
- 396.000 Frauen haben nur eine Teilzeitbeschäftigung, das sind 89% aller Teilzeit-Beschäftigten

Zahlen zur Arbeitslosigkeit sind immer mit Vorsicht zu genießen – es gibt Dutzende unterschiedliche Berechnungsmodelle und viele Arbeitslose werden einfach nicht in die Statistik aufgenommen. Regierungen haben immer die Tendenz Berechnungsarten zu benützen, die eine möglichst niedrige Arbeitslosenquote ergeben. Als viel gelobtes Beispiel werden vor allem von Unternehmerseite immer wieder die Niederlande erwähnt. Dort sei es durch die notwendige "Flexibilität" der ArbeitnehmerInnen gelungen, die Arbeitslosigkeit auf 5% zu reduzieren. Doch diese Zahl kommt nur durch vielerlei rechnerische Tricks zustande. Selbst der Direktor des statistischen Planungsbüros gibt zu, dass man/frau "eher von 20% als von 5% sprechen muss". Auch in Großbritannien wurde im Zeitraum von 1979 bis 1995 rund 30 Mal die Berechnung der Arbeitslosenquote geändert, um das Problem zu "bekämpfen".

Folgende Gruppen werden zur Zeit in Österreich nicht in der Statistik geführt:

- Frauen, die in Karenz sind oder Kindergeld beziehen,
- Arbeitslose, die an AMS-Förderungsprogrammen teilnehmen,
- Jugendliche, die noch keine 6 Monate gearbeitet haben und sich nicht am AMS melden, weil sie ohnehin kein Anrecht auf einen Arbeitslosenbezug haben.
- Andere Arbeitslose die sich nicht am AMS melden, weil sie ohnehin kein Anrecht auf einen Arbeitslosenbezug haben.

Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft. Tatsächlich wollen und brauchen die Unternehmer Arbeitslosigkeit auch, um ein Druckmittel gegen die Gewerkschaften und die Beschäftigten zu haben. Sie drohen Beschäftigten, die ihre Rechte einfordern mit dem bekannten „Draußen warten schon 10 auf Deinen Job“. Um Kosten zu reduzieren werden Arbeitsplätze abgebaut bzw. Vollzeitjobs in Teilzeitjobs umgewandelt. „Normale“ Arbeitsverhältnisse werden immer stärker von ungesicherten, prekären Beschäftigungsverhältnissen verdrängt: Teilzeit, Geringfügige Beschäftigung, Werkverträge, freie DienstnehmerInnen. Diese neuen

Regelungen haben aber nicht nur nichts gelöst, sondern nur noch mehr Probleme für die Beschäftigten gebracht. Für die Unternehmen sind sie ideal: absolut freie Verfügbarkeit über die Beschäftigten, keine oder nur geringe soziale Absicherung. Das reduziert die Kosten und erhöht die Erpressbarkeit der Beschäftigten; keine Beschränkungen der Arbeitszeit, keine Kündigungsvorschriften, keine Kollektivverträge, keine BetriebsrätInnen, keine Gewerkschaften.

Alle Unternehmerstrategien und Regierungskonzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben versagt. Bürgerliche Ökonomen gehen davon aus, dass ein Wirtschaftswachstum von mindestens 3 % notwendig ist, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Da wir von einem solchen Wert in Österreich und weltweit weit entfernt sind, gibt es scheinbar keine Hoffnung.

	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslose pro offene Stelle
1992	193099	44127	4,38
1993	222267	32906	6,75
1994	214942	30197	7,12
1995	215716	24986	8,63
1996	230507	19429	11,97
1997	233348	19019	12,27
1998	237794	23088	10,3
1999	221743	31216	7,94
2000	194314	35495	6,34
2001	203883	29670	7,25
2002	232418	23189	11,13

Quelle: AK-Wien, AMS

Wir meinen, dass es notwendig ist, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, ohne die Menschen materiell schlechter zu stellen: Die Einführung der 30-Stundenwoche bei einem 6-Studentag und vollem Lohn- und Personalausgleich und der Abbau von Überstunden wäre ein Schritt allen eine würdige Existenz zu sichern.

Bereits 1981 veröffentlichte die Akademie der Wissenschaften eine Studie, die feststellte, dass nur eine rasche Einführung der 35-Stundenwoche

Beschäftigungseinbrüche durch Einführung neuer Technologien verhindern könne. Legt man/frau diese Aussage von 1981 auf 2003 mit den heutigen Arbeitslosenzahlen um, so ist klar, dass die 35-Stundenwoche längst nicht mehr ausreicht. Auch wenn man/frau bedenkt, dass es durch eine Arbeitszeitverkürzung zu einer Produktivitätssteigerung kommt, wird es ersichtlich, warum eine 35-Stunden-Woche nicht mehr ausreichend Arbeitsplätze schaffen würde. Wir fordern daher die Einführung einer 30-Stundenwoche. Damit die Effekte aber nicht durch Flexibilisierung zunichte gemacht werden, muss diese Maßnahme mit vollem Personalausgleich (also der Anstellung zusätzlicher Beschäftigter) und einem 6-Studentag verbunden sein. Nur so wird verhindert, dass die Arbeit nicht einfach auf weniger Zeit aufgeteilt wird und so der Druck erhöht wird und dass es nicht zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten kommt (trotz 30-Stundenwoche 10 Arbeitsstunden an einem Tag). Es ist darüber hinaus notwendig, diese Maßnahmen sofort für alle Beschäftigten gleichzeitig umzusetzen. Eine lange Vorlaufzeit würde von den Unternehmen nur missbraucht werden, um die Effekte mittels Produktivitätssteigerung zunichte zu machen.

Tatsächlich ist nicht zuwenig, sondern zuviel Arbeit vorhanden:

- 17% aller Beschäftigten leisten regelmäßig Überstunden
- 11,3 % aller Beschäftigten haben Normalarbeitszeiten von über 40 Stunden, 5 % aller Beschäftigten sogar von über 60 Stunden pro Woche (Statistik Austria).
- In Österreich werden täglich 30 Mio. Arbeitsstunden unentgeltlich in der Familien- und Hausarbeit geleistet, 70% davon von Frauen.

Dass eine Arbeitszeitverkürzung durchführbar ist hat sowohl die österreichische Geschichte, in der seit 1945 die Arbeitszeit von 48 Wochenstunden auf teilweise 38,5 schrittweise verkürzt wurde, als auch die Einführung der 35-Stundenwoche in Italien und Frankreich bewiesen (auch wenn in Frankreich und Italien gleichzeitig Angriffe in Form von Flexibilisierung bzw. Sparpaketen erfolgt sind).

In Deutschland würde die Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden/Woche bis zu 3,5 Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. Durch einen konsequenten Abbau von Überstunden könnten 500.000 bis 600.000 Neueinstellungen notwendig werden (17. Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen). Die GPA ging 1996 davon aus, dass in Österreich eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bis zu 250.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

*„Gegen die Arbeitslosigkeit – sowohl die strukturelle wie die konjunkturelle – ist es an der Zeit, neben der Parole der*

*öffentlichen Arbeiten die Losung der Gleitenden Skala der Arbeitszeit auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Basis muß die verfügbare Arbeit unter alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.“*

### **Leo Trotzki, Übergangsprogramm**

Das eigentlich Unrealistische ist, mit Angriffen auf ArbeitnehmerInnen (wie z. B. Flexibilisierung, Lohnnebenkostensenkung, ...) zu versuchen, Menschenrechte wie das Recht auf einen Existenz sichernden Arbeitsplatz zu sichern und wiederherzustellen. Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses, die nur durch den Kampf gelöst werden kann.

- Mindestlohn von 1.100 Euro netto! Einführung der gleitenden Lohnskala, also der automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation, verhandelt wird nur über darüber hinaus gehende Erhöhungen
- Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Für den 6-Stunden-Tag: Weil Flexibilisierung die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigen bzw. aufheben kann.
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit: Neben den gesundheitlichen Aspekten bringt das die Möglichkeit, die Erwerbsbiographie selbständiger zu gestalten.
- Gegen unnötige Sonn- und Feiertagsarbeit, gegen die weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten weil gemeinsames soziales Leben wichtiger ist als die Profite der Unternehmen.
- Abschaffung der Notstandshilfe und gleichzeitig unbefristeter Bezug eines Arbeitslosengeldes von 1.100 Euro
- Ausdehnung der Behaltfrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf mindestens so lange, dass Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht.
- Überstundenbezahlung auch für Teilzeitarbeitsplätze; ab der ersten Stunde, die über der vereinbarten Wochenarbeitszeit liegt.



- Bei Teilzeitbeschäftigten sollte die tägliche Normalarbeitszeit grundsätzlich auf ein Fünftel der vereinbarten Wochenarbeitszeit reduziert werden – wird über die tägliche Normalarbeitszeit gearbeitet, sollen Überstundenzuschläge bezahlt werden
- Alle ArbeitnehmerInnen, auch geringfügig Beschäftigte und feie DienstnehmerInnen, müssen voll sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert und gesetzlich geschützt sein – z.B. was die Lohnersatzleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, anteilmäßige Altersversorgung sowie die gewerkschaftlichen Rechte angeht.
- Keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen, sondern das Recht auf Vollzeitarbeit
- Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten
- Verbot von Kapovaz (flexible Arbeitszeit auf Abruf)

### ***3.5 Gleitende Lohnskala zur Abdeckung der Inflation***

Um Lohnrunden, die unter der Inflation bleiben und somit eine stille Enteignung der ArbeitnehmerInnen bringen, zu vermeiden, gibt es ein sehr gutes Modell: Die gleitende Lohnskala bedeutet, dass die Löhne automatisch in regelmäßigen Abständen an die Preisentwicklung angepasst werden. Alle Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmervertretern gehen über die Inflation hinaus. Im Gefolge der revolutionären Ereignisse von 1968 konnten die italienischen Gewerkschaften eine solche Regelung durchsetzen, die leider 1981 wieder abgeschafft wurde.

### ***3.6 Mindestlohn statt „Grundeinkommen“***

Die Forderung nach einem Grund- oder Basiseinkommen, eines Einkommens, das unabhängig von Erwerbsarbeit ist, wurde in den letzten Jahren immer wieder als Lösung der sozialen Probleme vorgebracht. Wir stehen dem sehr skeptisch gegenüber. Diese letztlich liberale Forderung (u.a. auch von Organisationen wie dem Liberalen Forum gefordert) bedeutet zweierlei: 1) Das Akzeptieren von Arbeitslosigkeit und 2) Die Zerschlagung des bestehenden und erkämpften Gefüges sozialer Rechte, zugunsten einer minimalen „Grundsicherung“, die eher Almosencharakter hat. Ein arbeitsfreies Grundeinkommen mag verlockend klingen, ist aber letztlich nichts anderes, als eine moderne Variante von „Brot und Spiele“. Ein wachsender Teil der Menschen wird aus der Gesellschaft gedrängt und mittels Grundeinkommen sollen soziale Unruhen verhindert werden. VerfechterInnen des arbeitslosen Grundeinkommens haben keine Antworten auf das Problem Arbeitslosigkeit – sie sehen nicht, dass der Kapitalismus immer wieder zu Arbeitslosigkeit führen wird. Anstatt das Problem

bei der Wurzel zu packen, versuchen sie daher nur die schlimmsten Auswirkungen abzumildern.

Wenn Menschen aus dem Erwerbsprozess gedrängt werden bedeutet das auch, ihnen ihr Macht- und Kampfmittel zu nehmen. Denn die ArbeiterInnenklasse hat als einziges Druckmittel den Entzug ihrer Arbeitskraft = Streik. Arbeitslose verfügen nicht über dieses Druckmittel und können ihre Forderungen daher viel schwieriger bzw. nur mit Unterstützung jener, die noch einen Arbeitsplatz haben, durchsetzen. Für uns steht daher das Recht auf einen Arbeitsplatz im Vordergrund – wobei unbestritten ist, dass wir auch die Form der Arbeit verändern müssen. Weg von unmenschlicher, brutaler und erschöpfender Arbeit, hin zu selbstbestimmter und schöpferischer Arbeit. Aus den verschiedenen Formen von Arbeit – und dazu gehören Hausarbeit und jede Form von Ausbildung wie Schule oder Studium ebenso – ergibt sich das Recht auf ein würdiges Einkommen. Beide Rechte müssen von der ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus aber immer wieder erkämpft werden.

- Mindestlohn von 1.100 Euro netto für alle ArbeitnehmerInnen. Anhebung der Mindestpension und des Arbeitslosengeldes auf 1.100 Euro netto. Unbefristete Bezugszeit des Arbeitslosengeldes
- Mindesteinkommen von 1.100 Euro netto für Jugendliche ab 18 Jahren in Schul-, Studium oder Berufsausbildung, damit sie sich eine eigenständige Existenz (unabhängig von den Eltern) leisten können, wenn sie wollen.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- Für ein einheitliches staatliches Pensionssystem dass sich am besten und nicht am schlechtesten derzeitigen System orientiert! Keine Öffnung des Pensions“marktes“ für private Banken und Versicherungen!
- Recht auf Pensionsantritt mit allen Ansprüchen nach 35 Versicherungsjahren für Männer und Frauen ab 50.

### ***3.7 Wertschöpfungsabgabe als echte Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen***

In den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität der Beschäftigten gestiegen, das heißt, in den Unternehmen werden pro Arbeitsstunde mehr Werte geschaffen. Die Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung berechnen sich aber auf Basis der Lohnsumme. In der Praxis bedeutet das, dass Betriebe immer weniger Menschen beschäftigen (und dafür immer weniger in die Sozialversicherung einzahlen), aber größere Gewinne erwirtschaften.

In Deutschland zum Beispiel sank zwischen Anfang der Achtziger bis Ende der Neunziger der Anteil der Bruttoarbeitseinkommen an der Bruttowertschöpfung von 64% auf 59%. Diese Zahl macht deutlich, dass die Unternehmer vermehrt Maschinen einsetzen, für die sie keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Ein wichtiger Aspekt in der Diskussion um die Finanzierbarkeit des Sozialsystems ist daher die Frage einer Erhöhung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Denn erstens erwirtschaften ja die Beschäftigten die neuen Werte im Betrieb und zweitens verursachen Unternehmen dem Staat ja auch Kosten. Unternehmen benötigen gut ausgebildete Arbeitskräfte = Schulsystem; Sie entlassen Beschäftigte = Arbeitslose; Sie brauchen Infrastruktur = Ausgaben für Strassen- und Bahnausbau...

Die Erhöhung dieser Arbeitgeberbeiträge soll den Unterschied zwischen der Gehaltsumme und den tatsächlich geschaffenen Werten eines Unternehmens ausgleichen. Das wird unter dem Begriff „Wertschöpfungsabgabe“ zusammengefasst. In Österreich wurde sie in den 1980er Jahren vom damaligen Sozialminister Alfred Dallinger in die Diskussion eingebracht. Diese Wertschöpfungsabgabe soll nicht nur die Lohn- bzw. Gehaltsumme zur Berechnung der Arbeitgeberbeiträge heranziehen, sondern auch die Gewinne, das Kapital (also die Maschinen, Grund & Boden), Abschreibungen, Steuern und Mieten. Die Wertschöpfungsabgabe wird auch „Maschinensteuer“ genannte, weil sie sich nicht nur auf Basis der Lohnsumme der Beschäftigten berechnet. Die Berechnungsgrundlage für die Beiträge zur Sozialversicherung wird breiter. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens soll zum Gradmesser werden und nicht allein die Lohnsumme.

Da nicht mehr einseitig der Faktor Arbeit belastet würde, sondern alle Komponenten der Wertschöpfung gleichmäßiger belastet würden, wäre der Anreiz, Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen geringer.

Allerdings gibt es auch einige offene Fragen an der Wertschöpfungsabgabe. Was wäre die Berechnungsbasis? Firmen halten ihre Finanz- und Kapitallage geheim. Es wäre daher nötig vollen Einblick in die Geschäftsbücher der Firmen zu haben, um die Beträge berechnen zu können. Und wer berechnet und kontrolliert das? Bürgerliche PrüferInnen sind aufgrund ihrer Eigeninteressen ungeeignet. Viele FPÖ und ÖVP-PolitikerInnen erhalten finanzielle Unterstützung von der Wirtschaft. Die Berechnung müsste daher von den öffentlichen Sozialversicherungsanstalten und vor allem von den Beschäftigten durchgeführt werden, die sehr rasch erkennen können, wenn die Bilanzen gefälscht sind.

## Finanzierung der Sozialausgaben in Prozent

	1980	2000
Sozialbeiträge privater Unternehmer als Arbeitgeber	34	31,3
Sozialbeiträge des Staates als Arbeitgeber	4	5,7
ArbeitnehmerInnenbeiträge	19	22,2
Selbstständigenbeiträge	2	1,9
PensionistInnenbeiträge	2	1,9
Allgemeine Steuern	37	35,3
Andere Einnahmen	2	0,8
Gesamt	100	100

Quelle: (BMSG)

### ***3.8 Nachfragestimulierung***

***Investitionen in Bildung, Gesundheit, Wohnen, ... sind dringend nötig, aber kein Heilmittel für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus.***

Einer der Hauptkritikpunkte des ÖGB am Pensionsraub der Regierung war, diese würde die Einkommen und damit die Nachfrage beschneiden. Von jeher haben GewerkschafterInnen und Linke als Lösungsansatz im Rahmen des Kapitalismus die Nachfragestimulierung genannt. Seine Wurzeln hat dieser Ansatz in der Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes, der in den 30er Jahren in Folge der Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden sozialen Polarisierung schloss, dass der Staat die in Krisenzeiten mangelnde Investitionsbereitschaft der Privatunternehmer ausgleichen bzw. stimulieren müsse. Durch staatliche Investitionen und durch Steigerung der Kaufkraft der Massen (durch Lohnsteigerungen oder staatliche Direktzahlungen) soll die Nachfrage stimuliert, damit die Wirtschaft angekurbelt und die Krisen überwunden werden. Mit dieser Argumentation hoffte man auch Unternehmer an Bord zu bekommen und „vernünftig“ zu erklären, Kürzung der staatlichen Ausgaben auch für „die Wirtschaft“ schlecht wäre. Vergessen wird bei dieser Überlegung, dass Unternehmer widersprüchliche Interessen haben. Jeder einzelne will und braucht möglichst niedrige Produktionskosten (also auch Löhne, Steuern, Sozialabgaben) um konkurrenzfähig zu bleiben. Jeder einzelne will und braucht aber auch Nachfrage, um die eigenen Produkte loszuwerden. Die ideale Wirtschaft für jeden einzelnen Unternehmer: selbst zahlt man Hungerlöhne, aber die anderen zahlen Spitzenlöhne. Nur hat das mit der Realität nichts zu tun. In den 70er Jahren, als Kreisky den „Austro-Keynesianismus“ betrieb hatte die Wirtschaft

einen rund zwanzigjährigen Aufschwung hinter sich und enorme Reserven angehäuft. Heute hat sie eine zwanzigjährige Depression hinter sich und das einzige was angehäuft wurde sind Schulden. Als SozialistInnen unterstützen wir jede Maßnahme, die eine Umverteilung von oben nach unten darstellt und jeden Schritt der den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse verbessert. Wir sind dafür, dass von staatlicher Seite Investitionsprogramme in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur gestartet werden, die den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse erhöhen und Arbeitsplätze schaffen. Der Ruf nach Nachfragestimulierung bedeutet heute in der Regel allerdings, dass der Staat Feuerwehr spielt und bankrotte Privatbetriebe auffängt. Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse werden mit Verschlechterungen gekoppelt (Arbeitszeitverkürzung mit Liberalisierung etc), so dass unter Strich eine erhöhte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse dabei herauskommt. Solche Beispiele beweisen dass Gelder da sind, die erkämpft werden können. Während wir für jede echte Verbesserung kämpfen, werden wir gegen „Trojanische Pferde“ und Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen Widerstand leisten.

- Nein zum Sozialabbau! Statt Milliarden an Subventionen für die Privatwirtschaft für ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und Leistungen ausgebaut.
- Keine Kürzungen, sondern Ausbau bei Bildungs- und Gesundheitswesens. Kostenloser und unbeschränkter Zugang für alle in Österreich lebenden Menschen - Keine Privatisierung, kein Sponsoring.

### ***3.9 Vergesellschaftung***

Die stärkste Maßnahme, die wir Konzernen und individuellen Kapitalisten entgegenstellen können, wenn sie mit Arbeitsplatzabbau, Verschlechterung der Arbeitszeiten und -bedingungen, Abwanderung oder Konkurs drohen, ist die Enteignung. Auf ihrem Eigentum basiert die ganze Macht. Wenn die ArbeiterInnenbewegung ihm das wieder wegnimmt, was mit der Arbeitskraft ihrer ArbeitnehmerInnen aufgebaut wurde, verlieren die Kapitalisten ihre Macht.

Betriebe unter Kontrolle von ArbeiterInnenräten, das haben historische Beispiele gezeigt, arbeiten wesentlich bedürfnisorientierter als staatlich oder gar privatwirtschaftlich gelenkte Betriebe. Gründe dafür sind die direkte Einbindung der Ausführenden in den Entscheidungsprozess, und dass die Beschäftigten in ihrem eigenen Interesse arbeiten, dadurch motivierter sind. Im spanischen Bürgerkrieg, zum Beispiel, konnte die Produktivität im republikanischen Barcelona durch Vergesellschaftung immens gesteigert werden.

Kontrolle durch ArbeiterInnenräte bedeutet, dass jederzeit wähl- und abwählbare VertreterInnen der Beschäftigten und der KonsumentInnen die zentralen

Entscheidungen treffen. Dadurch gibt es keine Verpflichtung der Rendite, den Aktionären oder sonstigen Kapitalisten gegenüber. An seine Stelle tritt die Verpflichtung den Beschäftigten und KonsumentInnen gegenüber. Die profitorientierte Betriebsführung wird durch eine bedürfnisorientierte ersetzt.

Natürlich ist eines klar: Auch ein vergesellschafteter Betrieb mit demokratischer ArbeiterInnenkontrolle und –verwaltung kann sich den Zwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht entziehen, solange die wichtigsten Teile der Industrie und der Wirtschaft in Privathand sind und somit nicht gesamtgesellschaftlich geplant werden kann. Er kann jedoch zeigen, dass die ArbeiterInnenbewegung auch ohne Unternehmer in der Lage ist, die Betriebe zu verwalten. Er kann Ausgangspunkt für eine breite Mobilisierung zur Übernahme der Schaltstellen der Wirtschaft sein. Notwendig ist der politische Wille von ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften, gegen die Herrschaft des Kapitals vorzugehen. Der bürgerliche Staat und Medien stellen sich in Krisenzeiten auf die Seite des Kapitals. Die ArbeiterInnen müssen ihre eigenen Organe schaffen, welche die Angelegenheiten des täglichen Lebens und den Schutz der ArbeiterInnen besorgen.

- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen. Entschädigung der BesitzerInnen nur aufgrund erwiesener Bedürftigkeit.
- Offenlegung aller Geschäftsbücher – wir wollen wissen wohin die Profite fließen. Drohen Unternehmen mit Lohn/Gehaltskürzungen oder Entlassungen dann Enteignung und Überführung in Gemeineigentum.

## ***4. Was nötig ist***

### ***4.1 Planwirtschaft - damit menschliche Leistung wirklich effektiv zum Wohle aller eingesetzt werden kann!***

#### ***Kapitalismus verhindert Planung***

In der „freien Marktwirtschaft“ ordnet sich alles dem Wettbewerb unter. Auf der Erde leben ca. 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bedeutet für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung *kein* Eigentum an Produktionsmitteln und oftmals nicht einmal Eigentum an lebensnotwendigen Gütern. Die komplexen Produktionsabläufe und die Verteilung kann im Kapitalismus nicht optimal geplant werden. Dieser Mangel an Planung, der im Kapitalismus fest verankert ist, ist eine Ursache der immer wiederkehrenden Krisen. Da jeder Konzern in jeder einzelnen Branche gezwungen ist, seine Profite bzw. die Profitrate (Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) möglichst hoch zu halten, hat er kein Interesse an einer Planung mit anderen, die über Zuliefertermine und Marktforschung hinausgeht. Produkte werden nicht produziert, weil sie für Menschen sinnvoll genutzt werden oder gar lebensnotwendig sind, sondern weil mit ihnen Profit zu machen ist.

#### ***Arbeit ist vergesellschaftet***

Der gigantische Privatbesitz, den sich diverse Konzernfamilien und einzelne Milliardäre angehäuft haben, stammt nicht aus deren Arbeitsleistung bzw. ihrem geistigen Genie, sondern der realen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft unselbständig Beschäftigter. Selbst wenn jemand einen besonderen Einfall hatte, war dies ein Produkt der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung: ohne manuell arbeitende Menschen (z.B. Drucker) gäbe es keine Bücher, die man mit Muße studieren kann! Die gute Ausbildung von IngenieurInnen und ManagerInnen wird durch Steuerleistungen der ArbeiterInnen bezahlt. Dass ArbeiterInnen „un-gebildet“ seien, ist gleichzeitig Vorurteil und Zielsetzung der Herrschenden (Bildungsabbau). Wir meinen: ArbeiterInnen können sehr wohl den Gang der Produktion und Verteilung aufrechterhalten und sich weiter bilden, wenn es die Möglichkeiten dazu gibt. Ein großer Teil der Fachkräfte in der heutigen Wirtschaft gehören zur ArbeiterInnenklasse und keineswegs zur Unternehmensleitung. Da der gesellschaftliche Reichtum von den lohnabhängigen Menschen geschaffen wird, ist es nur sinnvoll, die Überführung der Wirtschaft in gesellschaftliche Hände zu fordern. Der Kapitalismus schafft mit seinen

wirtschaftlichen, politischen, militärischen Maßnahmen und mittels der dominierenden Moral-Vorstellungen den Rahmen für diese Ungleichheit. In Wahrheit ist es eine Unmoral, den verschwenderischen Reichtum einzelner und die mitunter tödliche Armut anderer als Ergebnis der Unterschiede von Menschen darzustellen und auch noch zu fördern. Selbstverständlich sind Menschen nicht alle gleich und zu gleich hohen Leistungen fähig. Doch genau das würde eine Planwirtschaft zum Wohle aller berücksichtigen.

### ***Planwirtschaft trotz Stalinismus***

Die Planwirtschaft der ehemaligen UdSSR und des Ostblocks funktionierte lange Zeit, obwohl die stalinistische Bürokratie herrschte. Die meisten Initiativen zur Effektivierung wirtschaftlicher Abläufe, die von ArbeiterInnen selbst kamen, wurden ignoriert bzw. unterdrückt. Die Bürokratie pflegte in ihrem Trieb, sich an der Macht zu halten, die gesamte Planung am Reißbrett durchzuführen. Ohne Demokratie und aktive Einbindung der Millionen Beschäftigten in den zahllosen Produktionsstätten, die selbst am besten wissen, was getan werden sollte, kann eine Planwirtschaft nicht funktionieren. Planwirtschaft ist lediglich eine Voraussetzung für eine funktionierende sozialistische Gesellschaft. Genauso braucht es ArbeiterInnen-Demokratie. Der Stalinismus ist an seinem undemokratischen Charakter gescheitert, nicht an der Planwirtschaft. Diese hat in Dritte Welt-Ländern trotz Stalinismus für enorme Verbesserungen gesorgt. Cuba konnte bezüglich Gesundheitswesen und Kindersterblichkeit bessere Werte als die meisten westlichen Industrieländer erzielen und aus der grassierenden Armut Lateinamerikas lange Zeit ausbrechen.

### ***Ex-Verstaatlichte war kein Sozialismus!***

Die Verstaatlichte Industrie im Österreich der Nachkriegszeit war ebenso wenig Sozialismus wie der Stalinismus. Die Verstaatlichung erfolgte auch im Sinne des österreichischen Kapitals, das speziell nach dem Krieg zu schwach war, ein solches Unternehmen zu führen. Die Übertragung an ausländisches Kapital war aus politischen Gründen ausgeschlossen (Deutschland kaufte sich erst wieder ab den 60er Jahren wieder ein). Die Verstaatlichte diente dem Privatkapital als günstiger Zulieferer, oftmals deutlich unter Weltmarktpreisen. Wenn neoliberale Propheten heute über den Schuldenberg der Verstaatlichten herziehen, ist das Zynismus. Genau diese Defizite kamen den Privatkapitalisten zu gute. Die überdurchschnittlich guten Bedingungen für ArbeitnehmerInnen in der Verstaatlichten und die starke gewerkschaftliche Organisation waren der Preis, der für den österreichischen Kapitalismus damals o.k. ging. Mit den 1970er Jahren wurde bewusst die Entscheidung getroffen, aus der gewinnbringenden Endproduktion immer mehr auszusteigen. Durch den Verfall der Rohstoffpreise weltweit verlor die Verstaatlichte zusehends auch die Rolle des Hauptzulieferers



für die Privatwirtschaft. Daher wurde sie in weiterer Folge zerschlagen. Über 50.000 Arbeitsplätze sind allein zwischen 1980 und 1992 vernichtet worden.

## ***ArbeiterInnen-Demokratie***

Verstaatlichung allein nützt genauso wenig wie Planwirtschaft ohne echte Demokratie, durch Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten. Die staatliche Verwaltungsbürokratie bei Bahn, Post, Stahlindustrie ist kein Argument gegen die Verstaatlichte, sondern ein gutes Argument für die konsequenteste Form der Verstaatlichung: die Kontrolle durch ArbeiterInnen-Komitees, in der Zwischenkriegszeit auch als Räte bekannt. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind, dass Funktionäre nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn beziehen und ein solches Gremium jederzeit wähl- und abwählbar ist. All das war und ist bei der ÖIAG, der staatlichen Verwaltung und der „Sozialpartnerschaft“ in Österreich nicht der Fall.

Um die Wirtschaft vor weiterem Kahlschlag zu schützen, wäre es nötig, sie in Gemeineigentum zu überführen (Vergesellschaftung), verbunden durch ArbeiterInnen-Kontrolle. Geplant kann die Wirtschaft nur von jenen werden, die die Macht darüber haben. Letztlich ist das nicht möglich, ohne international eine Planung und Zusammenarbeit auf freier, gleichberechtigter Grundlage zu haben. Das setzt die Entmachtung der gegenwärtig herrschenden Schicht durch demokratische Organisationen der Beschäftigten in zumindest allen wesentlichen Industrieländern voraus. Diese Tradition der Räte-Bewegung, die es auch in Österreich in der Zwischenkriegszeit gegeben hat, gilt es wieder zu beleben.

- Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und –verwaltung
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung der betriebe durch die arbeitende Bevölkerung.
- Demokratische Ausarbeitung und Durchführung eines volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Harmonisierung einer krisenfreien Produktion
- Für eine demokratische, sozialistische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung statt vom Profit der Kapitalisten ausgeht.

## ***4.2 Zum Schluss***

Österreich ist das achtreichste Land der Welt. Während früher jede Generation eine bessere Zukunft als ihre Eltern erwarten konnten, ist der Ausblick der heute Jüngeren düster. Der freie Bildungszugang wurde mit Einführung der Studiengebühren abgeschafft. Steigende Rezept- und Krankenscheingebühren,

die Selbstbehalte bei Arzt und Spitalsaufenthalt vertiefen die Zwei-Klassen-Medizin. Wer nicht genug Geld hat, um in eine teure und unsichere Privatpension zu investieren, wird im Alter in die Armut abrutschen.

Alle Verbesserungen der letzten 150 Jahre hat sich die ArbeiterInnenbewegung mühsam und nur gegen den Widerstand der UnternehmerInnen erkämpft. Nicht immer waren Kämpfe nötig, manchmal reichte die Drohung. Doch freiwillig und gerne haben sie diese Zugeständnisse nie gemacht. Bitten allein reicht nicht. Schon 1983 hat ein überfraktionelles gewerkschaftliches Personenkomitee 100.000 Unterschriften für die Einführung der 35-Stunden-Woche gesammelt. Ohne Kämpfe konnte diese noch immer nicht erreicht werden.

Verbesserungen wurden vor allem in den 60er und 70er Jahren erreicht, vor dem Hintergrund eines Wirtschaftsaufschwunges und mit einer starken ArbeiterInnenbewegung. Seither hat sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gesteigert. Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse sind für das Kapital und seine politischen Günstlinge das Gebot der Stunde.

Das schließt nicht aus, dass selbst in solchen Situationen durch soziale Kämpfe Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse erreicht werden können. Doch solche Verbesserungen würden sehr rasch wieder attackiert werden. Selbst kleinere Forderungen der ArbeiterInnenbewegung stellen den Kapitalismus und seine Logik schnell in Frage. Wenn die Arbeitszeit bei vollem Lohn verkürzt wird, werden Unternehmen versuchen, ihr Kapital ins Ausland abzuziehen. Ebenso wenn Unternehmenssteuern angehoben werden. Um das zu verhindern, ist die internationale Vernetzung des Widerstands nötig.

Weiters wird die Frage der Enteignung von Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und die Überführung in Gemeineigentum unter Verwaltung der Beschäftigten aufgeworfen werden. Oft hören wir bei unseren Aktionen, dass unsere Forderung z.B. nach der sofortigen Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn unrealistisch sei. Unsere Schlussfolgerung: Wenn die Verteidigung des Rechts auf Arbeit, das Erkämpfen und die Erhaltung sozialer Standards im Rahmen dieses Systems unrealistisch ist, dann müssen wir dieses System überwinden.

Wir SozialistInnen unterstützen und kämpfen selbstverständlich für jede einzelne Reform, die das Leben von ArbeiterInnen u.a. verbessert. Wir halten es für gerechtfertigt, auch in Krisenzeiten Forderungen nach Lohnerhöhungen und Wertschöpfungsabgabe aufzustellen! Gerade um solche Reformen abzusichern und auszuweiten, ist es notwendig, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen zu erreichen. Reformen sind im Kapitalismus nur von kurzer Dauer. Die Hoffnung, der Kapitalismus könne reformiert werden und sein unmenschliches Antlitz ablegen, hat sich als Unsinn erwiesen. Daher sind wir pragmatisch: Der einzig realistische Ausweg aus dem sozialen Desaster

der Gegenwart ist der Kampf für eine sozialistische Demokratie, auf Grundlage des tagtäglichen Ringens um Verbesserungen und gegen Verschlechterungen der sozialen Lage der ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugend.

## *Inhalt*

Einleitung	3
1. Rahmenbedingungen	5
<i>1.1 Wer ist arm in Österreich?</i>	5
Eine Begriffsklärung	5
Einige Zahlen und Fakten	5
Hintergründe von Armut	6
Arm trotz Arbeit	6
Arbeitslosigkeit macht arm	7
Die Konsequenzen	7
<i>1.2 Wer ist reich in Österreich?</i>	8
Geldvermögen	9
Reich durch Zinsen?	9
Reichtum fällt nicht vom Himmel	9
<i>1.3 Ursache: Krisenhaftigkeit des Kapitalismus</i>	11
Strukturelle Krise des Kapitalismus	12
Lage der Weltwirtschaft	13
<i>1.4 Privatisierung und Sozialabbau</i>	15
„Suche Arbeit – Mache Alles“	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
Beispiel Sozialversicherung	17
<i>1.5 Wofür die Regierung unser Geld ausgibt</i>	19
Beispiel 1) EM 2008	19
Beispiel 2) Das Finanzministerium zahlte im Jahr 2001 an Finanzberatungsfirmen:	20
Beispiel 3) Selbstbeweihräucherung	21
2. Klassenkämpfe	22
<i>2.1 Widerstand in Österreich</i>	22
<i>2.2 Der Angriff des Kapitals ist international! Der Widerstand     dagegen auch!</i>	24
Einige Fallbeispiele	24
<i>2.3 Bloß an den Systemgrenzen kratzen?</i>	26

3. Umverteilung von oben nach unten	28
3.1 <i>Steuerreform – zu wessen Gunsten?</i>	28
Momentane Aufteilung der Steuerlast	30
Steuerhinterziehung und Steuerschlupflöcher	32
Unsere Steuer-Forderungen	33
3.2 <i>Mythos 1: Hohe Lohnnebenkosten</i>	34
Wie Kapitalflucht bekämpfen?	35
3.3 <i>Mythos 2: Lohnverzicht und Flexibilisierung schaffen keine Arbeitsplätze</i>	35
3.4 <i>Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei einem Mindestlohn von 1.100 Euro netto</i>	36
3.5 <i>Gleitende Lohnskala zur Abdeckung der Inflation</i>	41
3.6 <i>Mindestlohn statt „Grundeinkommen“</i>	41
3.7 <i>Wertschöpfungsabgabe als echte Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen</i>	42
3.8 <i>Nachfragestimulierung</i>	44
3.9 <i>Vergesellschaftung</i>	45
4. Was nötig ist	47
4.1 <i>Planwirtschaft - damit menschliche Leistung wirklich effektiv zum Wohle aller eingesetzt werden kann!</i>	47
Kapitalismus verhindert Planung	47
Arbeit ist vergesellschaftet	47
Planwirtschaft trotz Stalinismus	48
Ex-Verstaatlichte war kein Sozialismus!	48
ArbeiterInnen-Demokratie	49
4.2 <i>Zum Schluss</i>	49

## Broschüren der SLP zum Weiterlesen:

*SLP-Parteiprogramm*

*Arbeitszeitverkürzungsbroschüre*

*Frauenprogramm*

*Sie wollen mit uns diskutieren? Sie teilen unsere Ideen? Sie sehen die Notwendigkeit, sozialistische Ideen in der Praxis umzusetzen und wollen sich an unseren Kampagnen beteiligen? Sie überlegen, uns und unserer Internationale, dem KAI/CWI beizutreten? Kontaktieren Sie uns jederzeit:*

### *Sozialistische LinksPartei*

*Adresse: Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien*

*Telefon: 01/524 63 10*

*e-mail: [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)*

*Internet: [www.slp.at](http://www.slp.at)*

---